



Verband der Lehrer
an beruflichen Schulen
in Bayern e.V.

akzente

Berufliche Bildung
in Bayern

Unsere Themen

Skeptischer Blick auf das
neue Schuljahr

Die ungarische Berufsbildung

Das verpflichtende Arbeits-
zeitkonto „unterlaufen“?

Berthold Otto und die
Hauslehrerschule

Neue Rechtschreibung –
Problem für die berufliche
Bildung?



Europäische Bildungs- systeme: Ungarn

Studienreise des VLB-Bildungs- und Förderungswerkes nach Budapest

HERAUSGEBER

Hans Käfler, Landesvorsitzender,
Verband der Lehrer an
beruflichen Schulen in Bayern e.V. (VLB)
VLB Verlag e.V.
Dachauer Straße 4, 80335 München
Telefon: 0 89 - 59 52 70
Telefax: 0 89 - 5 50 44 43
Internet: www.vlb-bayern.de
E-Mail: info@vlb-bayern.de

REDAKTION

Hans Preißl
Bergweg 1, 94051 Hauzenberg
Telefon: 0 85 86 - 9 78 68 13
Telefax: 0 85 86 - 9 78 68 14
E-Mail: preissl@vlb-bayern.de
Martin Ruf
Nußbaumweg 9, 97084 Würzburg
Telefon: 09 31 - 66 14 15
Telefax: 09 31 - 6 60 72 91
E-Mail: ruf@vlb-bayern.de

ANZEIGENVERWALTUNG

Andrea Götzke
Telefon: 0 89 - 59 52 70
Telefax: 0 89 - 5 50 44 43
E-Mail: kohn@vlb-bayern.de
Geschäftsstelle des VLB Verlages e.V.
Dachauer Straße 4, 80335 München

GESTALTUNG

signum3 oHG
Im Graben 6, 97204 Höchberg
Telefon: 09 31 - 4 52 09 90
Telefax: 09 31 - 4 52 75 98
E-Mail: gc@signum3.de

DRUCK

Böhler Verlag GmbH
Seilerstraße 10, 97084 Würzburg
Telefon: 09 31 - 6 34 31
Telefax: 09 31 - 61 17 84

ERSCHEINUNGSWEISE UND BEZUGSPREIS

„VLB akzente“ erscheint 10 x jährlich
Jahresabonnement 30,- Euro zzgl. Versand

KÜNDIGUNG

Die Kündigung kann bis drei Monate vor
Ablauf eines Jahres beim Verlag erfolgen.

COPYRIGHT

Die veröffentlichten Beiträge sind
urheberrechtlich geschützt.
Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit
Genehmigung der Redaktion.

MANUSKRIPTE UND BEITRÄGE

Manuskripte gelten erst nach Bestätigung
durch die Redaktion als angenommen.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte
übernehmen wir keine Haftung.

Namentlich gezeichnete Beiträge, ins-
besondere Leserbriefe, müssen sich nicht
mit der Meinung des Herausgebers und
der Redaktion decken.

„VLB akzente“ wird laufend im Dokumen-
tationsdienst der Ständigen Konferenz der
Kultusminister der Länder, im Dokumen-
tationsdienst der DEUTSCHEN BIBLIOTHEK
und im Dokumentationsring DOPAED
bibliographisch nachgewiesen.

REDAKTIONSSCHLUSS

für Heft 10: 2005-09-12
für Heft 11: 2005-10-04
für Heft 12: 2005-11-07

ISSN 0942 – 6930

Thema des Tages

- 3 Hans Käfler: Ein skeptischer Blick auf das neue Schuljahr

Bildungspolitik

- 4 Peter Thiel: „Die ungarische Berufsbildung – nicht gerade leicht
zu durchschauen“
8 Dietmar Leischner: Das Bildungssystem in Ungarn
10 BLBS setzt auf bayerischen Sachverstand

Lehrerbildung

- 11 Neues zu Bachelor- und Masterabschlüssen
11 Aufwertung von vollzeitschulischen Bildungsgängen

Dienstrecht

- 12 Wolfgang Lambl: Kann man durch Teilzeit das verpflichtende
Arbeitszeitkonto „unterlaufen“?
13 Kabinett will Beamtenrecht reformieren
Beitragsbemessung aus Versorgungsbezügen in der gesetzlichen
Krankenkasse

Aus dem Lantag

- 14 Hans Preißl: Der Konflikt zwischen Sexus und Genus

Die Lehrerseite

- 15 Peter Thiel: Berthold Otto und die Hauslehrerschule

Pädagogik und Unterricht

- 17 KMK: Neuregelung der deutschen Rechtschreibung
17 Heiko Pohlmann: Die neue Rechtschreibung – ein Problem für die
berufliche Bildung?
19 Günther Roth: Diagnose Unterzucker
20 Walter Kruse: Theaterstage der bayerischen Wirtschaftsschulen
22 B. Bauer/W. Lorenz: Erfolgserlebnisse für das Leben tanken
23 Helmut Stephan: EU-Insolvenz für Deutsche in Frankreich

Aus dem Verbandsleben

Fachgruppen

- 26 FG Personalvertretung

Referendare und Studenten

- 26 S. Hummelsberger/S. Weinzierl: Zweitsprache Deutsch als Problem
und Chance

Senioren

Personalien

- 29 Ehrenvorsitzender Berthold Schulter feiert 70. Geburtstag

Personalien

- 31 Personalien

Vermischtes

Umschau

Termine

- 34 Für Sie gelesen

Schulen stellen sich vor

- 37 Nachrichtliches

Letzte Umschlagseite

- 40 VLB-Pressemitteilung zu Dualer Berufsausbildung und Hochschulstudium

Titelfotos: Peter Thiel

Oben links: Vize-Staatssekretär János referiert. Oben rechts: Krisztina Zimányi, stv. Generaldirektorin
der Hochschule für Handel, Gastronomie und Tourismus, Dozent Péter Stroh und VLB-Vorsitzender
Hans Käfler. Unten: Das weltberühmte Parlamentsgebäude am Pester Ufer der Donau.

Ein skeptischer Blick auf das neue Schuljahr



HANS KÄFLER

Erinnern wir uns: Vor Beginn des laufenden Schuljahres wurden zuerst die Stunden für nebenberufliche Lehrkräfte erheblich gekürzt. Unmittelbar vor Unterrichtsbeginn mussten einige der besonders engagierten Lehrkräfte über den Einzug ihrer Anrechnungstunden informiert werden und mit Ausnahme der über 60-Jährigen hatten alle Kolleginnen und Kollegen eine Erhöhung ihrer Unterrichtspflichtzeit hinzunehmen.

Schrauben werden weiter angezogen

Im kommenden Schuljahr werden die Schrauben weiter angezogen. Obwohl unser neuer Kultusminister durch persönlichen Einsatz einen „Nachschlag“ bei den nebenberuflichen Lehrkräften erreicht hat und damit den GAU für den fachpraktischen Unterricht im nächsten Jahr abgewendet hat, wird der Umfang des nebenberuflichen Unterrichts trotzdem weiter verringert. Das verpflichtende Arbeitszeitkonto erhöht im nächsten Schuljahr die Unterrichtszeit für die meisten Kollegen um eine weitere Stunde. Dabei ist für die Lehrkräfte an Berufsschulen der Grund für diese Maßnahme längst weggefallen. Wir „untertunneln“ einen Schülerberg, der überhaupt nicht vorhanden ist! Begründet wird das Festhalten am Arbeitszeitkonto aus-

schließlich mit dem juristischen Grund: „Wenn wir bei den Lehrern an beruflichen Schulen eine Ausnahme machen, öffnen wir die Schleusen für Klagen an den anderen Schular-ten“. Hier geht Staatsraison vor Fürsorge. Dieses Verhaltensmuster hat sich seit der Landtagswahl als die Konstante der Staatsregierung herausgestellt. Die Botschaft, die diese Haltung vermittelt, heißt offensichtlich: Haushaltskonsolidierung ohne Rücksicht auf die „gesundheitlichen“ Folgen der Beamten und Angestellten des Freistaats.

Vielleicht gibt es in anderen Bereichen des öffentlichen Dienstes Möglichkeiten, dem gewachsenen Druck auszuweichen. Lehrkräfte befinden sich jedoch in einem ausgewogenen Dilemma. Unsere Bildungs- und besonders unsere Erziehungsaufgaben gelingen nicht ohne ein grundlegendes Vertrauensverhältnis zwischen Schülern und ihren Lehrern. Das mangelnde Interesse der Staatsregierung für die Auswirkungen ihrer Maßnahmen auf die Lehrkräfte können und wollen wir nicht auf unser Verhältnis zu unseren Schülern übertragen. Der Vertrauensverlust würde zu einem moralischen und faktischen Scheitern unserer Bemühungen führen. Die Staatsregierung weiß das natürlich und vermutlich ist es auch einer der Gründe für den rigorosen Umgang mit ihren Beschäftigten.

Der Selbstaubeutung Grenzen ziehen

Welche Möglichkeiten bleiben uns also, um den Grad an Selbstaubeutung, der gerade bei Lehrkräften überdurchschnittlich ausgeprägt ist, in vertretbaren Grenzen zu halten?

1. Die Belastbarkeit ist individuell unterschiedlich groß. Es kann deshalb keine Patentrezepte geben. Jeder Betroffene muss für sich klären, ob

sein Arbeitsumfang noch gesundheitsverträglich ist.

- Die vielfältigen Aufgaben einer Lehrerin oder eines Lehrers sind kaum in wichtige und unwichtige teilbar. Insbesondere die Verwaltungsaufgaben können im Interesse eines reibungslosen Unterrichtsablaufs nicht einfach vernachlässigt werden. Allerdings sind hier Schulleitung und Schulaufsicht gefordert, ihr Möglichstes zu tun, um unnötigen Verwaltungsaufwand von den Schulen und den Lehrkräften fernzuhalten.
- Die Anzahl der Unterrichtsstunden pro Woche liegt, das Arbeitszeitkonto eingerechnet, inzwischen über dem Pensum von 1948. Dieser Vergleich verdeutlicht die aktuelle Belastungssituation. Jeder vernünftige Mensch wird einsehen, dass auf dieser Basis Vertretungen als Mehrarbeit kaum mehr zumutbar sind. Die Folge kann nur verstärkter Unterrichtsausfall sein. Berücksichtigt man die Altersstruktur in vielen Kollegien und die wachsende Anzahl längerfristiger Erkrankungen älterer Lehrkräfte, dann wird die in der Überschrift angedeutete Skepsis verständlich.

Es wird höchste Zeit, dass die Staatsregierung die Folgen ihres Handels zur Kenntnis nimmt und dringend notwendige Kursänderungen einleitet. Bis dahin liegt es an jedem Einzelnen, für sich eine Balance zwischen Arbeitsumfang und Selbstfürsorge zu finden und an den Verbänden, die durch kurzsichtiges Regierungshandeln ausgelöst um sich greifende Resignation in den Kollegien aufzuzeigen und sich im Kampf um Verbesserungen nicht entmutigen zu lassen. <



Studienreise des VLB-Bildungs- und Förderungswerkes nach Budapest:

„Die ungarische Berufsbildung – nicht gerade leicht zu durchschauen.“

PETER THIEL

Perle des Ostens nennen sie Budapest oder auch Paris des Ostens. Sicher stößt man noch auf weitere superlative Prädikate, wenn man sich diesbezüglich mal ein wenig umhört. Welttoffenheit und Charme prägen die „Doppelstadt“ an der Donau und die vielen Sehenswürdigkeiten aus Kunst und Geschichte ziehen die Fremden an wie ein Magnet.

Für die Reisegruppe des VLB-Bildungs- und Förderungswerkes jedoch standen die touristischen Attraktionen im Hintergrund, als sie die Donau-Metropole Ende Juni besuchte. Ihr ging es vielmehr um die berufliche Bildung in Ungarn und darum, wo der EU-Neuling im internationalen Vergleich der Bildungssysteme in etwa einzuordnen ist. Der vielzitierte „Blick über den Zaun“ also war es, der die rund 30 Reisetilnehmer – bayerische Schulleiter sowie Vertreter des Kultusministeriums, der Schulaufsicht und des Hauptpersonalrats – ins Land der Magyaren führte.

„Wir müssen wissen wie es die anderen machen“

„Es ist bereits die sechste Studienreise, welche der Verband diesbezüglich durchführt“, sagte VLB-Landesvorsitzender Hans Käfler. Der Besuch in Dänemark hatte 2000 den Anfang ge-

macht, dann folgten als Zielländer Frankreich, die Schweiz, Österreich und im letzten Jahr Finnland.

„Auch wenn die EU jetzt einen gewissen Rückschlag erlitten hat, ist die Annäherung ihrer Mitgliedsländer nicht in Frage gestellt. Und wenn wir bei uns Reformen in der beruflichen

Dankende Worte des VLB-Landesvorsitzenden an Vize-Staatssekretär János. Im Hintergrund Béla Czene, der übersetzte.



Bildung anpacken und die Ausbildung europaorientiert gestalten wollen, brauchen wir eine klare Vorstellung und müssen wissen, wie es die anderen machen“, erklärte Käfler zur Intention dieser Reise. Dabei bedeute europaorientierte Ausbildung u. a., dass die jungen Menschen einzelne Sequenzen ihres Curriculums auch in einem EU-Partnerland absolvieren können und dass dies zertifiziert werde, meinte der Landesvorsitzende. Der erste Schritt in

diese Richtung sei mit dem „Europapass Mobilität“ bereits getan.

Im Institut für nationale Berufsausbildung

Erste Station im Programm des Budapest-Aufenthalts war der Besuch des Instituts für die nationale Berufsausbildung, wo Vize-Staatssekretär Jakab János (Ministerium für das Unterrichtswesen) die bayerischen Gäste empfing. Vergleichbar in gewisser Weise ist das Institut mit dem Berliner BBIB. Dies aber nur sehr begrenzt, da das Budapester Institut für alle Fragen der beruflichen Bildung zuständig ist und nicht nur für deren betrieblichen Part.

János informierte zunächst ganz allgemein über das ungarische Schulwesen, wozu sich der Leser an der auf Seite 9 abgedruckten Übersicht orientieren kann. Zur Charakterisierung der beruflichen Bildung Ungarns ergab sich im Gespräch mit dem Vize-Staatssekretär dann folgendes:

Seit 1993 gibt es im Magyarenland rund 800 Berufe. Nur in 175 aber werde ausgebildet. Im Rahmen einer für 2006 vorgesehenen größeren Bil-

dungsreform soll bei den Berufen der Rotstift so angesetzt werden, dass am Ende noch etwa 400 übrig bleiben, was ja auch noch eine ganze Menge ist.

Großer Praxisanteil der Schule

Die Berufsausbildung im Lande ist im Sinne der EU-Sprachregelung mehrheitlich alternierend. Von einem dualen System kann nur unter Vorbehalt gesprochen werden, weil in den wenigsten Fällen die Betriebe Vertrags-

partner der Jugendlichen sind. Die Jugendlichen haben sozusagen Schülerstatus und erhalten ihren betrieblichen Praktikumsplatz i.d.R. über die Schule vermittelt.

Es gebe dennoch eine bescheidene Anzahl dualer Verhältnisse (knapp 2 Prozent), sagte János, für Jugendliche nämlich, welche die Schule (Grundschule) aus irgendwelchen Gründen nach acht Jahren verlassen, um in einem Betrieb zu arbeiten. Da sie noch schulpflichtig sind, gehen sie neben ihrem betrieblichen Job zwei Jahre lang in die Berufsschule.

Bei einer dreijährigen Berufsausbildung übernimmt die Schule in der Grundstufe auch den praktischen Teil vollständig. Grundsätzlich gilt: Je theorieabhängiger die Berufe sind (high-tec-Berufe), desto mehr Praxis wird an der Schule vermittelt. Seit der Wende haben die Schulen an Bedeutung für die Ausbildung gewonnen, da die Wirtschaft zunächst schwächelte. Jetzt aber habe der Wind gedreht, meinte János, und der Einfluss der Betriebe auf die Ausbildung nehme zu. „Dennoch kann die Wirtschaft die

Die Betriebe entrichten eine Ausbildungsabgabe, wenn sie keine Praktikumsplätze zur Verfügung stellen und sich nicht an der Ausbildung beteiligen. Der dadurch verfügbare Fond wird u. a. für die Weiterentwicklung der beruflichen Schulen verwendet.

Die Schulen verwalten sich weitestgehend selbst, erhalten ein „Pro-Kopf-Schülergeld“ und stehen untereinander in einem Wettbewerbsverhältnis. Nicht nur des guten Rufs wegen, sondern auch aus finanziellen Gründen sind sie bestrebt, die Schüler zu halten und die Nachfrage zu steigern. Bei Berufen der mittleren Qualifikationsstufe (Stufe 3) vor allem gebe es Nachwuchsprobleme: „Alle drängen zur Hochschule und gehen den einfacheren Berufen aus dem Weg, so dass in manchen Bereichen die Fachleute fehlen“, erklärte János.

Gute Kontakte nach Bayern

Es besteht keine Schulaufsicht „von oben“ und kein staatlich organisiertes Kontrollsystem für die Unterrichtsqualität. Die Schulbehörde hat vielmehr beratende Aufgaben. János berichtete von guten Kontakten nach

Er sei nicht neidisch auf das deutsche System der Berufsausbildung, denn er halte es für ziemlich kompliziert, sagte János am Ende einer sehr lebhaften Diskussionsrunde. „Aber schließlich ist auch die ungarische Berufsausbildung nicht gerade leicht zu durchschauen“, räumte er ein.

„Weniger gefragt ist das Erlernen eines Berufs“

Was im Gespräch mit dem Vize-Staatssekretär offen geblieben war, wurde ergänzt und vertieft beim Besuch der Berufsmittel- und Fachschule für Tourismus, Gaststättengewerbe und Handel. Es handelt sich dabei um eine Schule mit einem hohen Maß an Selbstverwaltung. Träger ist eine Stiftung. Das Kollegium besteht aus 80 hauptamtlichen Lehrkräften. Zusätzlich unterrichten zahlreiche Fachleute von „draußen“, solche mit Teilzeitverträgen. Zur Schule gehören 6 Außenstellen. Von den insgesamt 2 100 Schülerinnen und Schülern sind etwa 700 schulpflichtig, die anderen fallen unter die Rubrik „Erwachsenenbildung“. „Die meisten unserer jungen Leute



Bild links: Aussprache über die Leistungsbewertung. Béla Czene demonstriert ein Zeugnisheft.

Bild rechts: Schulleiter Zoltán Kóbor ist ein Freund Bayerns. Hans Käfler überreicht ihm einen Bildband über den Freistaat.



praktische Ausbildung natürlich nicht ganz übernehmen“, so der stellvertretende Staatssekretär.

Ausbildungsabgabe und Selbstverwaltung

Berufliche Bildungseinrichtungen befinden sich fast zur Hälfte in freier Trägerschaft (Stiftungen, Gesellschaften). Derzeit werden mehr als 1 000 Institute gezählt, welche sich mit Berufsausbildung beschäftigen.

Bayern, vor allem von Gesprächen mit Kultus-Staatssekretär Karl Freller. „Mit ihm habe ich über die Projektmethode diskutiert, von der wir uns viel versprechen, weil sie schwächere Schüler besonders motiviert“, sagte er. Stark interessiert sei man in Ungarn an intensiven Beziehungen zu beruflichen Schulen in Bayern. Ungarische Lehrer sollten bayerische Berufsschulen besuchen, „um dort die Projektmethode zu studieren“.

wollen das Abitur ablegen und weitermachen; weniger gefragt ist das Erlernen eines Berufs“, stellte – wie zuvor János – auch Schulleiter Zoltán Kóbor fest, der die bayerischen Gäste in seinem Haus begrüßte und über alle Einzelheiten informierte. Die Übersetzung lag bei dem zur Schule gehörenden Kollegen Béla Czene, der bereits am Vortag die Ausführungen des stellvertretenden Staatssekretärs verdeutschte und der zur Betreuung



Didaktisches Fachgespräch in der mustergültig ausgestatteten Lehrküche der Berufsmittel- und Fachschule.

der VLB-Gruppe freigestellt war. Die Aufgabe war Czene wie auf den Leib geschnitten. Er nahm sie mit großem Enthusiasmus wahr und trug erheblich zum guten Gelingen der Studienreise bei.

Starke Nachfrage trotz des Schülerrückgangs

Mit Stolz verwies Schulleiter Kóbor auf die starke Nachfrage, die seine Schule trotz des allgemeinen Schülerrückgangs verzeichne. „Jährlich können wir nur etwa 20 Prozent der Bewerbungen berücksichtigen“, sagte er und berichtete von Schulen, die auf Grund des allgemeinen Schülerrückgangs schließen mussten.

Wegen der staatlichen Pro-Kopf-Bezuschung sind die Klassenstärken mit etwa 30 Schülerinnen und Schülern relativ hoch. In etlichen Fächern jedoch werden die Klassen in Gruppen geteilt, erklärte der Schulleiter.

vollwertigen beruflichen Abschluss. Diesen müssen die Abiturienten dann in einem weiteren Ausbildungsgang erwerben. Die Abituraufgaben sind staatlich, die beruflichen Prüfungsaufgaben kommen vom Institut für nationale Berufsbildung. Die Besucher hatten Gelegenheit, in frühere Abituraufgaben Einsicht zu nehmen. Darüber hinaus konnten der VLB-Landesvorsitzende und der Berichterstatter einer mündlichen Abiturprüfung im Fach „Fremdenverkehrsgeografie“ beiwohnen. Der Unterricht in den entsprechenden Fachklassen verläuft zweisprachig, die Prüfung wurde also in deutscher Sprache abgenommen.

Schulmanagement

Ein weiteres Thema: das Schulmanagement. Als Schulleiter vertrete er die Einrichtung in allen Belangen nach außen, sagte Kóbor. Béla Czene aber ergänzte: „Unser Chef liebt das Ge-

1. Organisation und Betreuung des Praktikumswesens.
2. Organisation der Erwachsenenbildung, der Prüfungen, der Projekte sowie der Unterrichtsvertretungen.
3. Schulentwicklung und Stundenplangestaltung.

Partnerschaft mit einer Münchener Schule

„Unsere Schule arbeitet sehr konstruktiv mit einer engagierten Elternvertretung zusammen“, berichtete Kóbor. Schließlich wies er noch auf das gut laufende Partnerschaftsverhältnis mit der Münchener Berufsschule am Simon-Knoll-Platz hin und gestand freimütig: „Ich bin sehr gern in der bayerischen Landeshauptstadt“.

Die deutschen und ungarischen Austauschschüler erhalten – wie eingangs erwähnt – für ihren Aufenthalt an der Partnerschule als Zertifikat den „Europapass Berufsbildung“ ausgehändigt.

Lehrerbesoldung

Béla Czene wies auf eine Tatsache hin, die aus deutscher Sicht als Besonderheit empfunden wurde: „An den staatlichen Schulen Ungarns wird der durch die Gremien der Selbstverwaltung berufene Schulleiter alle fünf Jahre neubestellt, kann aber auch ausgewechselt werden. Er kehrt dann in aller Regel ins Kollegium zurück. Zu



Bild links: Mündliche Abiturprüfung im Fachgebiet „Fremdenverkehrsgeografie“. Der Unterricht war zweisprachig, drum wird auch in der Prüfung deutsch gesprochen.

Bild rechts: Für uns kein Problem, aber für ungarische Schüler? Einblick in Abituraufgaben zur deutschen Grammatik.

Abiturprüfungen der Berufsmittelschule

An der Schule liefen zum Zeitpunkt des Besuchs die Abiturprüfungen der Berufsmittelschule. Das Curriculum dieser Schulart hat einen starken beruflichen Bezug, führt jedoch nicht zum

setzbuch über alles“ und wies damit scherzend auf einen Aufgabenbereich hin, der zu den weniger attraktiven im Schulalltag zählt.

Drei Stellvertreter habe der Direktor und diesen seien – grob gesagt – folgende Aufgaben übertragen:

guter Letzt noch ein Blick auf das Thema „Lehrerbesoldung“, wie sich dies in der Aussprache darstellte: Für das Kerngeschäft – die Erteilung von 20 Stunden Unterricht und die dazugehörigen Leistungsnachweise – erhält die Lehrkraft ein relativ bescheidenes

Salär, mit dem man in der Weltstadt Budapest schon in Schwierigkeiten kommen kann. Jede weitere Leistung aber – Mehrarbeit, Klassenleitung, Lehrplanarbeit, Einsatz bei der Schulentwicklung, Gutachter- und Prüfertätigkeit usf. – werden zusätzlich honoriert und bilden somit Leistungsanreize. Die offizielle Altersgrenze für Lehrkräfte ist das 62. Lebensjahr.

Fragen zur Lehrerbildung

Der dritte Schwerpunkt auf dem Programm war das Thema „Lehrerbildung“. Dazu gab es einen Besuch an der Budapester Hochschule für Handel, Gastronomie und Tourismus. Dort nämlich werden die Fachlehrkräfte für die Gastronomie ausgebildet. „Einstiegsvoraussetzung für den künftigen Fachlehrer ist das Abitur einer Berufsmittelschule zuzüglich eines vollwertigen Berufsabschlusses“, sagte Kollege Péter Stroh, der an der Hochschule für den Praxisbereich zuständig ist und die bayerischen Gäste begrüßte.

Der Eintritt in die Hochschule läuft über eine Aufnahmeprüfung. Dann folgen zwei Jahre Ausbildung u.a. mit den typischen Disziplinen der Lehrerbildung wie Pädagogik, Didaktik, Psychologie usf. Mit dem Fachlehrerzertifikat in der Tasche muss der Kandidat noch ein einsemestriges Schulpraktikum absolvieren, dann erst kann er endgültig in den Schuldienst eintreten.

Die Mehrzahl der Studenten wird vom Staat gefördert. „Etwa 15 unserer Fachlehrerabsolventen wechseln zur Universität und machen dann dort weiter“, erklärte die stellvertretende Generaldirektorin der Hochschule, Frau Krisztina Zimányi im Gespräch mit den bayerischen Gästen.

Abgesehen von den Fachlehrkräften kommen die ungarischen Pädagogen (der Mittel- und Grundschulen sowie der Gymnasien) von der Universität. Die Fortbildung während der aktiven Zeit erfolgt mit einem Punktesystem: In 7 Jahren muss die Lehrkraft 120 Fortbildungspunkte nachweisen, deren Erwerb sie sich in Abstimmung mit den Gegebenheiten an ihrer Schule selbst einteilen kann.

Der Bologna-Prozess

Ab 2006 wird Ungarn im Zuge des Bologna-Prozesses mit der Umgestaltung seiner Lehrerbildung beginnen. Ob die Einführung der Bachelor- und Master-Studiengänge bis 2010 so erreicht wird, wie die Bildungsminister sich das 1999 in Bologna vorgestellt haben, steht auch hier in den Sternen.

„Auch auf der Hochschulebene ist der Prozess der europäischen Integration nicht mehr aufzuhalten“, sagte VLB-Vorsitzender Hans Käfler. „Und eines Tages werden unsere Lehrerstudenten einzelne Module ihres Ausbildungsganges in einer der charmantes-

ten Städte des EU-Raumes absolvieren können, nämlich in Budapest“. Damit unterstrich der Landesvorsitzende seine oben zitierten Argumente für die Studienreisen des VLB-Bildungs- und Förderungswerkes.

Rahmenprogramm

Im Rahmenprogramm gab es eine sehr detaillierte Stadtrundfahrt, eine Bootsfahrt auf der Donau sowie einen Besuch des nördlich von Budapest gelegenen Künstlerortes Szentendre (zu deutsch Sankt Andreas). Darüber hinaus erlaubte der Terminplan auch den einen oder anderen individuellen Museums-Kurzbesuch oder einen kleinen Stadtbummel. Die Vorbereitung und Organisation der Studienreise lag bei Kollegen Dietmar Leischner, der mit großer Hingabe für einen reibungslosen Ablauf des Programms sorgte.

Epilog

„Die ungarische Berufsausbildung ist nicht gerade leicht zu durchschauen“, hatte Vize-Staatssekretär János anfangs zu bedenken gegeben und am Ende des Budapestbesuchs musste man ihm wohl zustimmen. Immerhin, vor Ort konnte ein großer Teil der Wissenslücken geschlossen werden. Zu einem ausgesprochenen Experten des ungarischen Bildungswesens mausern konnte sich bei diesem Aufenthalt in



Fototermin vor der Hochschule für Handel, Gastronomie und Tourismus. Kompliment für die Gruppe: die Aufstellung zum Foto vollzog sich völlig reibungslos.

Fotos: Peter Thiel

Budapest freilich keiner der Reisetilnehmer. Das Land befindet sich – wie in anderen Bereichen - auch in der beruflichen Bildung im Umbruch. In diesem Zusammenhang wird das Jahr 2006 dem 11-Millionen-Volk eine tiefgreifende Zäsur bringen. Das heute Gültige wird dann vielfach Geschichte sein. Aber geschichtliche Kenntnisse waren ja noch nie von Nachteil. Im Ge-

genteil, sie bilden eine hervorragende Plattform zum richtigen Verständnis des Gegenwärtigen und des Kommenden. In diesem Sinne waren die Tage in Budapest für die Teilnehmer der Reise ein großer Gewinn. Der VLB ist mit seinem Angebot zum Blick über den eigenen Tellerrand mit Sicherheit auf einem guten Weg zu einem gemeinsamen Europa. <

jährige Berufsschule (Facharbeiterausbildungsschule) mit Ausbildung im Betrieb zum Facharbeiter (duales bzw. alternierendes System). Der Anteil der berufspraktischen Ausbildung bzw. der Praktika ist sehr hoch. Im 1. und 2. Jahr ist der Jugendliche nur in der Schule (praktische Grundbildung mit 30 Unterrichtsstunden/Woche Theorie). Im 3. und 4. Ausbildungsjahr beträgt der Theorieunterricht 12 Stunden/Woche; die praktische Ausbildung erfolgt in den Betrieben (Lehrwerkstatt und Produktion). Der Blockunterricht erfolgt eine Woche in der Schule und eine Woche im Betrieb. Berufsschulen und Betriebe arbeiten eng zusammen, wobei die Betriebe von Beauftragten der Schulen kontrolliert werden.

Das Bildungssystem in Ungarn

DIETMAR LEISCHNER

Eine besondere Stellung in Osteuropa nimmt das ungarische Bildungssystem ein. Während die „sozialistischen Länder“ (UdSSR, ehemalige DDR, Rumänien, Bulgarien) eine 10-jährige Einheitsschule einführt, schloss sich Ungarn nicht an. Tradition und Fortschritt prägen in Ungarn das Bildungswesen sowohl organisatorisch und strukturell wie auch inhaltlich. Auffallend in Ungarn ist, dass

- a) ein differenziertes und gegliedertes Schulwesen mit einem breit gefächerten Angebot an beruflichen Schulen aufgebaut wurde,
- b) die Berufsausbildung, die teilweise im dualen bzw. alternierenden Ausbildungssystem erfolgt,
- c) die Anforderungen der modernen Industriegesellschaft durch curriculare Reformen berücksichtigt werden; die meisten Schulen vermitteln berufsbildende Inhalte,
- d) einheitliche Stundentafeln und Curricula für die verschiedenen Schulen der Sekundarstufe II vorliegen. So sind beispielsweise im Gymnasium, in der Fachschule, in der Berufsmittelschule für die Fächer: Ungarische Sprache, Literatur, Geschichte, mindestens eine Fremdsprache, Mathematik, Physik, Sport und Gesellschaftswissenschaften gleiche Inhalte vorgesehen.

1. Schulpflicht und Grundschule

Seit über 40 Jahren besteht in Ungarn die 10-jährige Schulpflicht. Die Einschulung erfolgt nach dem Besuch des Kindergartens und der Vorschule mit dem 6. Lebensjahr. Jedes Kind muss bis zum 16. Lebensjahr die Schule besuchen, d. h. die 8-jährige Grundschule, die in eine Unterstufe und eine Oberstufe gegliedert ist; anschließend muss der Schüler noch mindestens 2 Jahre eine Schule des „Mittelschulbereichs“ (középiskola) besuchen. Zahlreiche Schultypen erleichtern die Wahl für einen Beruf oder eine weiterführende Schule:

- Gymnasium (gimnázium),
- Berufsmittelschule (szakközépiskola)
- Berufsschule (szakmunkásképzőiskola)
- Fachschule (szakiskola),
- Fortbildungsschule (továbbképző iskola).

Nur etwa 3 bis 5 Prozent eines Schülerjahrgangs besuchen nach der Grundschule keine weiterführende Schule, sondern übernehmen eine Hilfsarbeiterstelle mit Besuch einer „Ergänzungs- oder Fortbildungsschule“/Abendschule. Im sogenannten „Mittelschulbereich“ (Mittelstufe) haben die Jugendlichen folgende Möglichkeiten:

2. Schulformen der Sekundarstufe

- ① Etwa ein Drittel aller Grundschulabsolventen entscheidet sich für die 4-

- ② Eine sehr geringe Zahl von Grundschulabsolventen nimmt unmittelbar eine Hilfsarbeitertätigkeit auf. Für diese Gruppe besteht die Möglichkeit zum Besuch der Ergänzungs- und Fortbildungsschule die fast nicht mehr besteht. Als Ersatz bieten sich Abend- und Fernunterricht an.
- ③ Die Fachschule für Gesundheitswesen bildet ca. 3 Prozent der Grundschulabsolventen in drei Jahren in einem einschlägigen Beruf aus.
- ④ Büroangestellte/Stenotypistinnen werden in zwei Jahren in der Fachschule für Stenotypistinnen ausgebildet. Aufgrund veränderter Tätigkeiten (Kommunikationstechniken) werden in einem weiteren Jahr in der Berufsschule für Erwachsene zusätzliche „Facharbeiterqualifikationen“ bzw. berufliche Qualifikationen angeboten.
- ⑤ In Fern- und Abendschulen werden alle Fachschulausbildungen angeboten zum Erwerb allgemeinbildender Abschlüsse (z. B. Abitur) und beruflicher Qualifikationen.
- ⑥ Die Berufsmittelschule für Facharbeiter (auch Fachmittelschule genannt) bietet bei einem 4-jährigen Besuch eine Doppelqualifikation an: der Schüler erwirbt das Abiturzeugnis der Berufsmittelschule und gleichzeitig das Facharbeiterzeugnis nach weiteren zwei Jahren.

- ⑦ Die Berufsmittelschule vermittelt in 4 Jahren das „Berufsmittelschulabitur“; der Anteil der Allgemeinbildung ist bei diesem Schultyp sehr hoch und für spezielle, ausgewählte Berufe vorgesehen.
- ⑧ Das Gymnasium, das ca. 35 Prozent der Grundschulabsolventen besuchen, vermittelt in 4 Jahren die Hochschulreife (Abitur).
- Sehr gute Schüler können bereits nach der Grundschul-Unterstufe in das Gymnasium eintreten.

Innerhalb des Gymnasiums erfolgt eine Differenzierung:

- a) wissenschaftlicher Zweig und
- b) berufsvorbereitender Zweig in den Klassen 11 und 12.

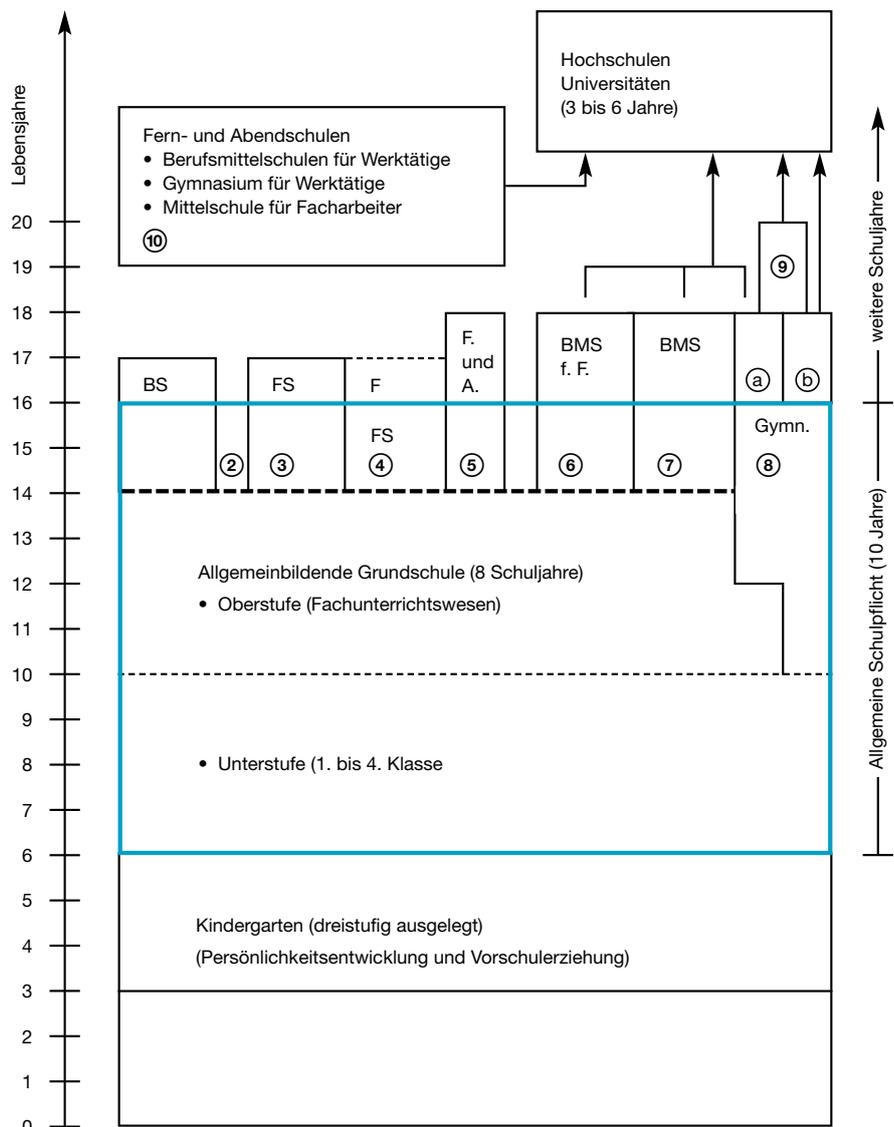
Die Schüler nehmen in den letzten zwei Jahren des Gymnasiums Wahlfächer auf, die das Studium und den Berufsbeginn erleichtern sollen.

- ⑨ Nach dem Erwerb der Hochschulreife besteht für die Abiturienten die Möglichkeit, in weiteren zwei Jahren die Facharbeiterqualifikation zu erreichen, um spezielle Studiengänge an Hochschulen aufnehmen zu können. Ausländische Studenten sind gut integriert. Zahlreiche Hochschulen und Universitäten bieten für ausländische Studenten Ausbildungsgänge in Englisch, Deutsch, Französisch oder Russisch an. Um die „akademische Mobilität“ zu fördern, werden internationale Kooperationen und die Teilnahme an europäischen Programmen wie Sokrates und CEEPUS organisiert.

Das Hochschulwesen in Ungarn gliedert sich in die akademisch ausgerichteten Universitäten und die berufsorientierten Colleges. Außerdem gibt es „gleichgestellte Hochschuleinrichtungen“, wobei die kirchlich geführten die größte Gruppe sind. Folgende akademische Grade können erworben werden:

- Magister (nur für Medizin und Rechtswissenschaften),
- Postgraduate-Degree (1 bis 3 Jahre)
- Doktorat – Ph.D.Doct. of Liberal Arts (3 Jahre),

Struktur des Bildungssystems in Ungarn



- Bachelor, vorwiegend an Colleges (3 bis 5 Jahre),
- Staatszertifikate (berufsbildend), die einen Zugang zu Universitäten bzw. Colleges ermöglichen (2 Jahre).

Die Zulassung zum Studium ist differenziert: Abiturzeugnis, zusätzlich Aufnahme test in zwei Fächern im Rahmen einer Zulassungsprüfung (mündlich und schriftlich) sowie auch als Qualifikation die Durchschnittsnote der letzten 3 Schuljahre.

- ⑩ Fern- und Abendschulen bieten

den Absolventen der Berufsschulen und der Fachschulen sowie der Fern- und Abendformen aller Fachschulen die Möglichkeit, die Hochschulreife zu erwerben.

Adressen:

Ministerium für Bildung und Kultur
Szalai U. 10–14
H-1884 Budapest

Deutsch-Ungarische Industrie- und Handelskammer

Lövöház út 30
H-1146 Budapest

BLBS setzt auf bayerischen Sachverstand

Die Delegierten des 22. Deutschen Berufsschultages vom 21. bis 23. April 2005 in Lübeck wählten Berthold Gehlert zum neuen Bundesvorsitzenden des Bundesverbandes der Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen (BLBS). Er führt damit den BLBS in der Nachfolge des zum Ehrenvorsitzenden ernannten Günter Besenfelder und hat sich dazu bayerischen Sachverstand in sein Team geholt.



Die bayerische Delegation mit dem neuen BLBS-Bundesvorsitzenden: von links: Rudi Keil, Hermann Sauerwein, Berthold Gehlert, Horst Lochner, Wolfgang Lambl, Prof. Dr. Andreas Schelten, Dorothea Helbig, Hans Käfler, Michael Birner und Heiko Pohlmann.

Die Verbandszeitschrift „Die Berufsbildende Schule“, deren Schriftleitung jahrelang in den Händen von Berthold Gehlert und Prof. Dr. Reinhard Bader lag, ist nun komplett in „bayerischen Händen“. Der neue Bundesvorstand legt künftig die inhaltliche Gestaltung dieser anerkannten Fachzeitschrift in die Verantwortung von Prof. Dr. Andreas Schelten und Heiko Pohlmann.

Dienst- und Versorgungsrecht sind durch die politischen Entwicklungen (mittlerweile) zum Leidwesen der Kolleginnen und Kollegen die zentra-

len Bereiche geworden. Diese vom Experten Alfons Ziller jahrzehntelang geführten Bereiche übernimmt Wolfgang Lambl, welcher die Beratung des Bundesvorstandes und der Länderexperten sicherstellt.

Für den Beginn seiner Amtszeit als Bundesvorsitzender sieht Berthold Gehlert mindestens drei inhaltliche Schwerpunkte der bildungspolitischen und gewerkschaftlichen Arbeit des BLBS:

- Die nicht zuletzt durch die Föderalismusdiskussion notwendig gewordenen offensiven Vorschläge von dbb und Tarifunion im Bereich des Dienstrechts zwingen zu einer kritisch-konstruktiven Begleitung der angestoßenen Reformschritte. Letztlich darf es dabei nicht nur um Information und Erläuterung gehen, vielmehr müssen die Einzelverbände und die Einzelmitglieder dialogisch einbezogen werden. Es geht hier um weit tragende Zukunftsentscheidungen im politischen Raum mit unmittelbarer

Auswirkung auf alle Lehrerinnen und Lehrer. Der BLBS kann, muss und wird hier sein Gewicht und seine fachliche Kompetenz nachhaltig einbringen.

- Das am 1. April 2005 in Kraft getretene Berufsbildungsreformgesetz führte zu Novellierungen des Berufsbildungsgesetzes und der Handwerksordnung, in denen die begründeten Wünsche der Schulseite nur in einer sehr schwachen Dosis berücksichtigt wurden. Gleichwohl bleiben einige Erfolg versprechende Ansätze. Nun sind die Bundesländer am Zug, um die eingeräumten Chancen tatkräftig zu nutzen. Der BLBS wird darauf drängen, dass der Wille des Gesetzgebers nicht ignoriert oder gar umgedeutet wird.
- Europa als Bildungsraum wird auch im deutschen Berufsbildungssystem Veränderungsprozesse in Gang setzen oder beschleunigen. Die angemessene Einordnung unserer beruflichen Abschlüsse in einem europäischen Qualifikationsrahmen oder die Einführung eines Kreditpunktesystems in der beruflichen Bildung sind nur zwei Beispiele, bei denen auch der BLBS sich einbringen muss. Fremdsprachenunterricht und interkulturelles Lernen betreffen die Aufgaben der Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen direkt; auch hier wird sich der BLBS für die Gestaltung entsprechender Rahmenbedingungen nachdrücklich einsetzen.

Für die anstehenden Aufgaben des Bundesverbandes wünscht der VLB ein erfolgreiches Wirken für die Kolleginnen und Kollegen der beruflichen Schulen und gratuliert herzlich zur Wahl.

VLB

Neues zu Bachelor- und Masterabschlüssen in den Lehramtsstudiengängen:

KMK verständigt sich auf Eckpunkte für die gegenseitige Anerkennung

Die Kultusministerkonferenz hat sich auf Eckpunkte für die gegenseitige Anerkennung von Bachelor- und Masterabschlüssen in den Lehramtsstudiengängen verständigt und dabei erneut die Bedeutung der Lehrerbildung für die Qualität des Schulunterrichts hervorgehoben.

Nach dem Beschluss der Kultusministerkonferenz werden Bachelor- und Masterabschlüsse in der Lehrerbildung künftig in allen Ländern anerkannt, wenn das Studium während der Bachelorphase sowie der Masterphase mindestens zwei Fachwissenschaften sowie Bildungswissenschaften integriert. Die Kultusministerkonferenz wird die ländergemeinsamen Standards in den Bildungswissenschaften weiterentwickeln. Darüber hinaus werden ländergemeinsame inhaltliche Anforderungen für die Fachwissenschaften und deren Didaktik erarbeitet.

Um eine verbesserte Orientierung an den Erfordernissen des Lehrberufes zu erreichen, werden schulpraktische Studien bereits im Bachelor-Studiengang angeboten. Der Anteil schulpraktischer Studien im Studium wird insgesamt deutlich erhöht. Die Kultusministerkonferenz strebt eine stärkere Vernetzung der Bildungs- und Fachwissenschaften und deren Didaktik sowie der schulpraktischen Studien an. Die konsekutiven Studiengänge dürfen nicht zu einer Verlängerung der bisherigen Regelstudienzeiten führen. Außerdem müssen sowohl die Studiengänge als auch ihre Abschlüsse nach Lehrämtern differenziert sein.

Die Kultusministerkonferenz erwartet, dass die Länder alle Studiengänge, durch die die Bildungsvoraussetzungen für ein Lehramt vermittelt werden, modularisieren, die Module an den ländergemeinsamen Standards ausrichten und die Studiengänge begleitend evaluieren. Wie alle Bachelor- und Master-Studiengänge

sind auch die Bachelor- und Masterstudiengänge in der Lehrerbildung zu akkreditieren. Zur Sicherung der staatlichen Verantwortung für die inhaltlichen Anforderungen der Lehrerbildung wirkt ein Vertreter der für das Schulwesen zuständigen Obersten Landesbehörde im Akkre-

ditierungsverfahren mit; die Akkreditierung des jeweiligen Studiengangs bedarf seiner Zustimmung. Im Rahmen des Akkreditierungsverfahrens ist insbesondere die Einhaltung der ländergemeinsamen fachlichen Anforderungen für die Lehrerbildung festzustellen.

Bereits eingerichtete Bachelor- und Masterstudiengänge, mit denen die Bildungsvoraussetzungen für ein Lehramt vermittelt werden, sind bis 2010 den vorstehenden Regelungen anzupassen. *KMK*

Aufwertung von vollzeitschulischen Bildungsgängen

Die Kultusministerkonferenz und der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelskammertages, Ludwig Georg Braun, stimmen in der Auffassung überein, das bewährte duale System der Berufsausbildung zu erhalten und zu stärken.

Angesichts der Lage auf dem Ausbildungsmarkt erscheint es sinnvoll, vollzeitschulische berufliche Bildungsgänge unter bestimmten Bedingungen anzuerkennen und ihnen durch stärkere Praxisanteile eine höhere Wertigkeit zu geben.

Soweit die Industrie- und Handelskammern betroffen sind, sollen auf Landesebene über Arbeitsgemeinschaften zusammen mit dem jeweiligen Kultusministerium Maßnahmen entwickelt werden, die dem Ziel der besseren Vermittlung von Jugendlichen dienen.

Dazu gehören zum Beispiel Mentorenprogramme zur Begleitung von Schülern in der letzten Phase vor dem Schulabschluss sowie Kooperationsverträge zwischen Schulen und Betrieben. *KMK*



Der VLB

**wünscht allen Kolleginnen und Kollegen
eine erholsame Sommerpause.**

Der HPR informiert:

Kann man durch Teilzeit das verpflichtende Arbeitszeitkonto „unterlaufen“? oder „Wie kann man einen Tunnel unter-tunneln?“



WOLFGANG LAMBL

Das Schreiben des Ministeriums zum verpflichtenden Arbeitszeitkonto für Lehrkräfte an staatlichen beruflichen Schulen vom 1. April 2005 regelt unter Nr. 5. das Verfahren: „Vollbeschäftigten und teilzeitbeschäftigten Lehrkräften, die unter das verpflichtende Arbeitszeitkonto fallen, die ihre individuelle Unterrichtsverpflichtung aber nicht erhöhen wollen, kann auf Antrag eine entsprechend verminderte Teilzeitbeschäftigung bewilligt werden.“

Die untenstehende Tabelle erläutert exemplarisch die Auswirkungen (Beispiel für UPZ = 25 und Teilzeit 24/25).

Dieses Verfahren wäre eine Möglichkeit, die durch mehrere Unter-

richtszeitserhöhungen teilweise überschränkte Belastungsgrenze des Einzelnen auf eine „leistbare“ Größenordnung zu reduzieren und in der Ausgleichsphase sogar – allerdings selbst vorfinanziert – für eine entsprechende „Entlastung“ zu sorgen. Darüber hinaus würden sich durch den erforderlichen Bedarf die Einstellungssituation für die um eine Einstellung nachsuchenden Referendarinnen und Referendare verbessern.

Fazit

Als Begründung für die Einführung des verpflichtenden Arbeitszeitkontos wurde unter anderem die „Untertunnelung von Schülerbergen“ angeführt.

Deshalb mein Apell an alle Kollegen, die

- es nicht mehr leisten,
- es sich leisten können,
- es für die Referendare leisten wollen,

stellen Sie einen diesbezüglichen Antrag umgehend auf dem Dienstweg an die personalverwaltende Stelle!

Denn einen an den beruflichen Schulen nicht vorhandenen Schülerberg kann man auch nicht „untertunneln“, es ist faktisch dann auch nicht möglich „unter den Tunnel“ zu kommen – höchstens durch „Unterlaufen“.

	Ansparphase	Wartezeit	Ausgleichsphase
Unterrichtspflichtzeit	25	25	25
Teilzeitumfang	24/25	–	–
Geleistete Unterrichtszeit	24 + 1 = 25	25	25 – 1 = 24
Bezüge für	24/25	25/25	25/25

Kabinett will Beamtenrecht reformieren – Umsetzung unsicher

Das Bundeskabinett hat die umfassendste Reform des Beamtenrechts seit 50 Jahren beschlossen. Im Mittelpunkt steht die Einführung einer leistungsorientierten Bezahlung für die 1,7 Millionen deutschen Beamten. In den verbleibenden Wochen bis zur angestrebten Neuwahl des Bundestages kann der von Bundesinnenminister Otto Schily (SPD) vorgelegte Gesetzentwurf aber wahrscheinlich nicht mehr umgesetzt werden.

Schily sprach dennoch von einem großen Schritt und appellierte an die Länder, die Reform zu unterstützen. Der Beamtenbund (dbb) begrüßte das Strukturreformgesetz als „die größte Reform des Beamtenrechts seit Jahrzehnten“.

Das Reformkonzept knüpft an das Eckpunktepapier an, das Schily, dbb-Chef Peter Heesen und der Vorsitzende der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, Frank Bsirske, im November vorgelegt hatten. Erstmals waren damit Gewerkschaften an den Vorarbeiten für ein wichtiges Gesetz beteiligt. Mit dem Entwurf will Schily die Neuausrichtung des öffentlichen Dienstes abschließen, die mit der Reform des Tarifrechts in Bund und Kommunen begonnen wurde.

Die Dienstrechtsreform will das immer wieder kritisierte starre Laufbahnsystem umkrepeln. Bei der Bezahlung soll es nicht mehr auf Alter und Familienstand, sondern auf Leistung und Funktion ankommen. Die Reform soll laut Schily Eigenverantwortung, Motivation und Leistungsbereitschaft der Beamten steigern, die Qualität und Wirtschaftlichkeit der Verwaltung verbessern sowie die Eigenständigkeit von Bund und Ländern stärken.

Der Schily-Entwurf enthält ein Angebot an die Länder, die im Rahmen der – gescheiterten – Föderalismusreform die Besoldung ihrer Beamten selbst regeln wollten. „Ich halte das alles für sehr viel besser als die Radikallösung, die in der Föderalismuskommission Thema war“, sagte Schily. Ein Bezahlungswettbewerb um qualifizier-

tes Personal wäre ein nicht kalkulierbares Risiko für die Haushalte. Im Kernbereich soll es dem Entwurf zufolge bei bundeseinheitlichen Regelungen bleiben.

Die Reform kann laut Schily kostenneutral umgesetzt werden. Die Gehaltstabellen sollen neu strukturiert und der Verheiratetenzuschlag schrittweise abgebaut werden. Der Entwurf sieht 25 Bezahlungsebenen und individuelle Leistungszuschläge vor. Für die Leistungsbezahlung sind zunächst bis zu acht Prozent des Gehaltsvolumens vorgesehen. Dafür sollen 2,3 Milliarden Euro pro Jahr umgeschichtet werden, 400 Millionen beim Bund und 1,9 Milliarden bei den Ländern.

Mit der Einführung des neuen Systems käme den Vorgesetzten eine größere Verantwortung bei der Beurteilung der Leistung zu. Bei dauerhaft schlechten Leistungen kann der Beam-

te auch abgestuft werden. Bei der Überführung vom alten in das neue System soll der Besitzstand gewahrt werden.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion sei aufgeschlossen für eine Modernisierung des öffentlichen Dienstrechtes, sagten ihre Innenpolitiker Hartmut Koschyk und Ralf Göbel. Sie versprachen, bei einem Regierungswechsel eine Reform des öffentlichen Dienstes im offenen Dialog mit den Beschäftigten anzupacken. Am Schily-Entwurf kritisierten sie die Budgetierung bei der Leistungsbezahlung. Dies führe zwangsläufig dazu, dass sich die Beurteilung eher am vorhandenen Geld als an der Leistung orientieren werde.

Die FDP unterstützte das Reformprojekt. Allerdings hätten sich die Liberalen mehr Mut bei der Ausgestaltung der Leistungsbezahlung gewünscht, sagte ihr innenpolitischer Sprecher Max Stadler. *dpa*

sorgungsempfänger aufgrund des schwerer wiegenden Gemeinwohlinteresses nicht verlangt werden könne.

Hiergegen hatte die Klägerin Berufung eingelegt. Diese wurde mit Beschluss vom 18. April 2005 als sachlich nicht begründet zurückgewiesen. Das Gericht teilt die Auffassung des Sozialgerichts Freiburg, dass ein Verstoß gegen Grundrechte in dieser Angelegenheit ebenso wenig ersichtlich sei, wie ein Verstoß gegen das Rechtsstaatsprinzip. Das Gericht weist darauf hin, dass die zum 1. Januar 2004 erfolgte Änderung des § 248 SGB V auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 15. März 2000 (Az.: 1 BvL 16/96) zurückgeht, wo u. a. die nicht begründete unterschiedliche beitragsrechtliche Belastung der Versorgungsbezüge beanstandet wurde. § 248 SGB V a. F. hatte nämlich zur Folge, dass nur die freiwillig Versicherten aus diesem beitragspflichtigen Einkommen einen vollen Beitrag leisten mussten, die Pflichtversicherten hingegen nicht. Durch das GMG sei diese Ungleichbehandlung aufgehoben worden. Nichts anderes ergebe sich auch unter Berücksichtigung der Tatsache, dass versicherungspflichtige Mitglieder mit Versorgungsbezügen den vollen Beitrag aus ihren Versorgungsbezügen alleine tragen müssen, wohingegen Rentner der gesetzlichen Rentenversicherung nur die Hälfte des Beitrags zahlen.

Hinsichtlich des Tatbestands der Rückwirkung vertritt das LSG die Auffassung, dass das Wohl der Allgemeinheit in dieser Angelegenheit die Schutzinteressen des Einzelnen, die auf den Fortbestand der bestehenden Vergünstigungen vertrauen, überwiegt und somit gerechtfertigt war. Einer Übergangsregelung, wie etwa einer schrittweisen Anhebung des Beitragssatzes, hätte es daher nicht bedurft. Das Gericht weist darauf hin, dass es § 248 SGB V in der ab 1. Januar 2004 gültigen Fassung aus den genannten Gründen für verfassungsgemäß hält und deshalb von einer Vorlage an das Bundesverfassungsgericht absieht. Wegen seiner grundsätzlichen Bedeutung hat das Gericht jedoch die Revision der Rechtssache zugelassen. Der dbb wird das Verfahren vor dem Bundessozialgericht weiter betreiben. *Quelle: dbb / WL*

Beitragsbemessung aus Versorgungsbezügen in der gesetzlichen Krankenversicherung

Das Landessozialgericht Baden-Württemberg hat mit Beschluss vom 18. April 2005 die Berufung einer pflichtversicherten Ruhestandsbeamtin zurückgewiesen, die sie gegen ein Urteil zur veränderten Beitragsbemessung aus Versorgungsbezügen in der gesetzlichen Krankenversicherung eingelegt hatte (Az.: L 11 KR 264/05). Die Revision zum Bundessozialgericht wurde wegen der grundsätzlichen Bedeutung jedoch zugelassen.

In dem Verfahren hatte sich die Klägerin, die aufgrund einer bis 1989 geltenden Regelung trotz ihres Status als Ruhestandsbeamtin aufgrund des Bezugs einer gesetzlichen Rente in der Krankenversicherung der Rentner (KVdR) pflichtversichert ist, gegen die zum 1. Januar 2004 veränderte Beitragsbemessung aus Versorgungsbezügen durch das Gesetz zur Modernisierung der gesetzlichen Krankenversicherung (GMG) gewandt. Bis zum Inkrafttreten dieses Gesetzes wurde bei diesen Bezügen gem. § 248 S. 1 SGB V

a. F. i. V. m. § 229 Abs. 1 Nr. 1 SGB V nur der halbe Beitragssatz für die Bemessung der Beiträge zur Krankenversicherung zugrunde gelegt.

Gegen diese veränderte Beitragsbemessung hatte die Klägerin Klage erhoben, welche mit Urteil vom 16. Dezember 2004 abgewiesen worden war. Das Gericht vertrat die Auffassung, dass die gesetzliche Neuregelung verfassungsgemäß sei. Die Tatsache, dass versicherungspflichtige Rentner hinsichtlich der aus der gesetzlichen Rentenversicherung erhobenen Beiträge einen Beitragszuschuss erhalten würden und somit faktisch durch die Beiträge weniger stark belastet seien als Versorgungsempfänger, die keinen entsprechenden Zuschuss erhalten, sei kein Verstoß gegen den Gleichheitsgrundsatz. Auch verletze die Neuregelung nicht das Rechtsstaatsprinzip, da es sich lediglich um eine unechte Rückwirkung gehandelt habe und eine Rücksichtnahme durch den Gesetzgeber auf die speziellen Belange der Ver-

Gesetzentwurf zur Änderung des BayEUG:

Der Konflikt zwischen Sexus und Genus

HANS PREISSL

Der Entwurf der Staatsregierung zur Änderung des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen überarbeitet das BayEUG sprachlich. Künftig soll das Gesetz Frauen und Männer, Männer und Frauen sprachlich gleich behandeln.

Diese „sprachliche Gleichbehandlung von Frauen *und* Männern“ wird seit mehr als 20 Jahren kontrovers diskutiert. Zunehmend werden maskuline Personenbezeichnungen, die als Oberbegriff für Frauen und Männer (z. B. die Wähler, die Leser, die Lehrer) dienen, kritisiert. Diese Diskussion stößt auch Veränderungen an. In vielen Dokumenten ist ein Wandel des Sprachgebrauchs bei der Verwendung von Personenbezeichnungen zu beobachten.

So verschwinden zunehmend maskuline Personenbezeichnungen, die gleichermaßen auf Frauen und Männer bezogen werden. Statt „verallgemeinernder“ maskuliner Personenbezeichnungen kommen Frauen überall dort, wo sie gemeint sind oder gemeint sein könnten, auch sprachlich zum Ausdruck.

Fehlentwicklung der Grammatiktradition

Diese geschlechtergerechte Sprache löst ihrerseits Kritik aus. Sprachwissenschaftler(innen?) verweisen darauf, dass in der Grammatiktradition die verschiedenen Genera irreführenderweise mit *Maskulinum*, *Femininum* und *Neutrum* bezeichnet werden, was einen Zusammenhang zum biologischen Geschlecht nahe legt. Dieser Zusammenhang ist zwar sehr häufig, aber keineswegs zwingend. So ist *das Mädchen* weiblich, obwohl es im Neutrum steht. *Eine Geisel* oder *eine Person* können männlich oder weiblich sein, obwohl das Substantiv immer im Femininum steht.

Das grammatische Geschlecht (Ge-

nus) der Substantive, mit denen Personen bezeichnet werden, stimmt also nicht immer mit dem natürlichen Geschlecht (Sexus) der bezeichneten Person überein

Diese Unklarheit zwischen generischem und biologischem Maskulinum, insbesondere wenn jeder Zusammenhang fehlt, führt jedoch dazu, dass bei den meisten Menschen die „kognitive Präsenz“ weiblicher Personen bei Verwendung des generischen Maskulinums bedeutend geringer ist als bei neutraler Formulierung. So sieht es zumindest die feministische Sprachkritik.

Vor dem Hintergrund dieser Kritik hat die Bundesregierung schon 1987 eine Arbeitsgruppe mit dem Auftrag eingesetzt, die Rechtssprache im Hinblick auf die Forderungen nach sprachlicher Gleichbehandlung von Frauen und Männern zu untersuchen und Alternativen zu erarbeiten.

Am 5. Dezember 2001 trat das Gesetz zur Gleichstellung von Frauen und Männern in der Bundesverwaltung und in den Gerichten des Bundes (Bundesgleichstellungsgesetz – BGleIG) in Kraft. In § 1 Absatz 2 des Gesetzes heißt es : „Rechts- und Verwaltungsvorschriften des Bundes sollen die Gleichstellung von Frauen und Männern auch sprachlich zum Ausdruck bringen.“

BayEUG: sprachliche Gleichbehandlung von Frauen und Männern

Mit Beschluss vom 6. Mai 2003 (Landtagsdrucksache 14/12 334) forderte der Bayerische Landtag die Staatsregierung auf, nach der nächsten Novellierung des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen das BayEUG neu herauszugeben und vorher sprachlich so zu überarbeiten, dass alle personenbezogenen Begriffe entweder geschlechtsneutral formuliert sind oder, wenn dies nicht möglich ist, die männlichen und weiblichen Begriffe zu verwenden.

Das Kabinett hat sich kürzlich mit dem Gesetzentwurf zur Änderung des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen (BayEUG) befasst. Er wurde den Verbänden und sonstigen betroffenen Einrichtungen zur Anhörung zugeleitet.

Die Übersicht (Tabelle unten) dokumentiert in Beispielen die neue Sprachregelung.

Der Versuch geschlechtergerecht zu formulieren führt dazu, dass der Text durch häufige Paarformulierungen wie „Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter“ schnell unübersichtlich oder umständlich wirkt. Ein Beispiel aus dem neuen BayEUG mag das illustrieren:

„Soweit die Schülerinnen und Schüler nicht in Klassen zusammengefasst sind, tritt an die Stelle der Klassensprecherin bzw. des Klassensprechers die Jahrgangsstufensprecherin bzw. der Jahrgangsstufensprecher; neben den Jahrgangsstufensprecherin-

Alt	Neu
Schüler	Schülerinnen und Schüler
Berufsschüler	Berufsschülerinnen und Berufsschüler
Klassensprecher	Klassensprecherinnen und Klassensprecher
Schülersprecher	Schülersprecherinnen und Schülersprecher
Umschüler	Umschülerinnen und Umschüler
Fachlehrer	Fachlehrerinnen und Fachlehrer
Bewerber	Bewerberinnen und Bewerber
der minderjährige Schulpflichtige	die minderjährige Schulpflichtige und der minderjährige Schulpflichtige
Unternehmer	Unternehmerin und Unternehmer
Leiter	Leiterin und Leiter

nen und Jahrgangsstufensprechern können Kurssprecherinnen und Kurssprecher vorgesehen werden.“ Art. 62 b) cc)

Die geschlechtsneutrale Umformulierung bedeutet redaktionelle Schwerstarbeit: An immerhin 91 Stellen mussten vor die Schüler die Schülerinnen gestellt werden. Lehrerinnen sucht man vergeblich. Sie werden gemeinsam mit den männlichen Kollegen durch die geschlechtsneutrale Bezeichnung „Lehrkräfte“ ersetzt.

Reformpädagogische Spurensuche:

Berthold Otto und die Hauslehrerschule

Man stelle sich das heutzutage mal vor: Da weigert sich ein Familienvater, seine fünf Kinder in die Schule zu schicken. Dabei ist der Mann alles andere als ein Chaot. Er gehört auch nicht einer bildungsfernen Schicht an, Leuten, die ihre Kinder lieber zum Geldverdienen schicken als in die Schule. Nein, unser Protagonist stammt aus dem Bürgertum und ist sich über die Bedeutung einer ordentlichen Schulbildung vollständig im Klaren. Aber er möchte nicht, dass seine Kinder in die allgemeine „Zwangs- und Strafschule“ gehen. Und er kommt tatsächlich durch mit seinem Anliegen.

Das 19. Jahrhundert neigt sich dem Ende zu. Bei dem widerspenstigen Bürger handelt es sich um Berthold Otto. Er und seine „Hauslehrerschule“, sie zählen zu den bemerkenswertesten Erscheinungen der reformpädagogischen Bewegung in der Zeit vor dem ersten Weltkrieg.

Zweimal Tränen

1897 hält Otto – damals Redakteur bei Brockhaus – vor Schriftstellern in Leipzig einen Vortrag zum Thema „Die Schulreform im 20. Jahrhundert“. Dabei macht er das Anliegen, das ihn umtreibt, an einem Vergleich deutlich, den wir hier ein wenig modifiziert wieder-

hoffentlich kommt kein Kollege auf die Idee im Duden das grammatische Geschlecht von Lehrkraft nachzuschlagen. Setzt er dann die falsch verstandene Grammatiktradition fort, müsste er sich glatt diskriminiert fühlen. Er könnte sich aber auch vom Geltungsbereich des BayEUG ausgegenommen sehen. Es ist eben schwer Sexismus ganz aus der Sprache zu verbannen.

<

geweint, weil er mit seinen Rechenaufgaben nicht fertig wurde und Angst hat vor Strafe in der Schule. Zweimal Tränen also und beide Male des Lernens wegen. Überlegen Sie sich die Verschiedenheit der Gründe“. Zitat Ende.

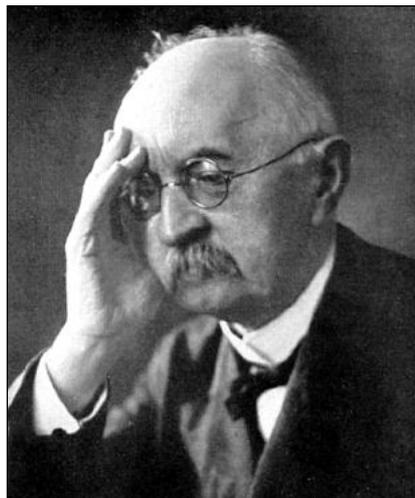
Man kann von dem Vergleich halten was man will, er trifft den Nagel dessen, was Otto meint, auf den Kopf.

Gegensätzliche Schulerfahrungen

Bevor wir auf das pädagogische Konzept der Hauslehrerschule eingehen, einige Fakten zu Ottos Lebenslauf: 1859 als Sohn eines schlesischen Gutsbesitzers geboren, siedelt der Achtjährige mit seiner Familie nach Rendsburg um. Dort macht er an einem Gymnasium äußerst schlechte Erfahrungen, erkrankt deshalb und versäumt monatelang den Unterricht. Ein Schulwechsel bringt die gewünschte Entkrampfung. Er führt dem Jungen die Unterschiede pädagogischen Vorgehens vor Augen. Otto wird ein glänzender Schüler und legt als Primus das Abitur ab. Sein Studium – zunächst in Kiel, später dann in Berlin – legt er breitbandig an. Die Schwerpunkte sind Altphilologie, arabische Sprachen, Völker- und Sprachpsychologie und Nationalökonomie. Die Begegnung mit fortschrittlichen Professoren öffnet ihm die Augen für anthropologische und psychologische Zusammenhänge. U. a. wird ihm klar, welche starke Bedeutung die Kinderstube für die Sprechentwicklung und damit für die geistige Entwicklung hat, eine Erkenntnis, die damals durchaus nicht selbstverständlich ist. Bewusst wird ihm auch, dass hinter echtem Lernen stets starke Triebkräfte stecken. In seinen „Beiträgen zur Psychologie des Unterrichts“ schreibt er, dass es beim Unterrichten nicht primär auf das Fach, sondern auf das Kind ankomme. „Die Kindheit ist nicht nur Zeit der Vorbereitung auf das Leben, sie ist auch von großem selbständigem Wert“, dieses Paradigma zieht sich wie ein roter Faden durch das gesamte Werk Berthold Ottos.

Die Altersmundart

Wegen einer Meinungsverschiedenheit im Zusammenhang mit seiner



Berthold Otto (1859 – 1933)

geben. „Als ich nach Hause kam“, berichtet Otto seinen Zuhörern, „erinnerte mich mein Junge an ein Versprechen, das ich ihm gegeben hatte. Ich sollte ihn die Lautlehre nach der Uhr aufsagen lassen. Leider musste ich ihn wiederum trösten. Da brach er in Tränen aus. Was konnte ich anderes tun, als die Uhr zur Hand nehmen und ihn abhören? Was dabei herauskam, war eine Rekordzeit. Der Junge war glücklich. ... Als ich hier im Vortragssaal ankam, meinte einer der Herrn: „Gut, dass Sie mal was über Schulreform sagen wollen; mein Sohn hat den ganzen Abend

Promotion verläßt Otto die Universität, wird Redakteur bei Brockhaus, vor allem aber Privatlehrer. Dabei erkennt er, wie widersinnig es ist, Kinder durch moralische Vorhaltungen zu geistigen Leistungen antreiben zu wollen. Er studiert das Lernverhalten seiner Privatschüler, vor allem aber deren Sprechverhalten, die sog. Altersmundart. Die Kindersprache, so erkennt er, hat nicht nur generell andere Charakteristika als die Hochsprache. Jede Altersstufe hat auch ihre spezifische Mundart, die der Lehrer kennen muss. „Erst die Hinwendung zur Sprechsprache und zur Altersmundart macht den geistigen Verkehr mit den Kindern möglich“, schreibt Otto. Auf dieser Grundlage entwickelt er sein Konzept des „natürlichen Unterrichts“ und verfasst ein Manuskript mit dem Titel „Lehrgang der Zukunftsschule“.

„Der Hauslehrer“

Der in Leipzig gehaltene Vortrag wird abgedruckt und unter die Leute gebracht. Darüber hinaus bietet sich ein Verleger an, eine Wochenzeitschrift zum Thema „Schulreform“ aufzulegen. Ab 1901 erscheint sie unter dem Titel „Der Hauslehrer – Wochenzeitschrift für den geistigen Verkehr mit Kindern“. Das Blatt findet im In- und Ausland viele fortschrittlich denkende Leser.

Jetzt widmet man Berthold Otto auch in der Reichshauptstadt größere Aufmerksamkeit. Und schließlich unterbreitet ihm das Königlich Preussische Kulturministerium zu seiner großen Überraschung sogar ein Angebot: Er soll nach Berlin kommen, am Ministerium beratend wirken und sich dort ganz seiner pädagogischen Reformarbeit widmen. Otto nimmt an.

Die Hauslehrerschule und ihr Konzept

Seit einiger Zeit schon unterrichtet er – wie eingangs bemerkt – seine fünf Kinder selbst. Immer mehr Eltern – zumeist Leser seiner Zeitschrift – möchten ihre Kinder zu ihm schicken. Er nimmt diese gern auf, doch schließlich reicht die Wohnung nicht mehr aus. Größere Räume werden benötigt.

1907 entsteht die erste Hauslehrerschule in Berlin-Lichterfelde, eine vom Preussischen Kulturministerium genehmigte Privatschule.

Mittelpunkt des Unterrichts ist das Tischgespräch, in dem sich die Schüler in freier Form zu allen möglichen Themen äußern können. Otto nennt das „Gesamtunterricht“ und schreibt dazu: „Drei bis viermal in der Woche ist in der letzten Stunde die ganze Schule, Schüler von 6 bis 19 Jahren mit allen Lehrern zu einer zwanglosen Aussprache vereinigt“. Zuerst werden die Gemeinschaftsangelegenheiten erledigt, Gesetze, die sich die Schüler selbst geben, beantragt, beraten und beschlossen. Über jede Anregung wird solange gesprochen, wie dies dem allgemeinen Interesse entspricht. Besonders fruchtbar ist dabei das Zusammenwirken der Älteren und der Jüngeren.“

Die Schüler sind nicht in Klassen, sondern in vier Altersstufen getrennt, in die Stufe der Anfänger, des Unter-, Mittel- und Oberkurses. Die Gruppierungen haben jeweils einen altersgemäßen Gesamtunterricht im oben geschilderten Sinne. Daneben betreiben sie in Arbeitsgemeinschaften Hauptfächer wie Rechnen, Lesen, Schreiben, Geschichte, Religion etc. Ferner gibt es fachliche Arbeitsgemeinschaften, die von den Altersstufen unabhängig sind, z. B. solche für Fremdsprachen. Die Beteiligung daran ist grundsätzlich freiwillig. Wer aber mehrfach fehlt, kann durch die Gruppenmitglieder ausgeschlossen werden. Den Stundenplan erarbeiten Lehrer und Schüler gemeinsam. Entscheidungen über Schulzucht und Disziplin liegen in der Hand der Schüler.

1910 bezieht die Schule in Lichterfelde nochmals ein größeres Gebäude. Die Hauslehrerschule gilt als „freiheitlichste Schule der Welt“ und stößt auf viel öffentliches Interesse. Otto erfährt im Laufe der Jahre zahlreiche Ehrungen. Zu seinem 70. Geburtstag wird ihm die Kerschensteiner-Medaille verliehen. 1933 verstirbt er.

Wie weit seine Akzeptanz in die verschiedensten sozialen Schichten hineinreicht, wird an seinem Grabe deutlich: Unter den vielen Kränzen liegt einer des ehemaligen deutschen

Kaiser und daneben einer von Anhängern der ehemaligen Unabhängigen sozialdemokratischen Partei Deutschlands (USPD).

Schulversuche

1912 entsteht ein überregionaler „Verein für die Pädagogik Berthold Ottos“. Dieser bewirkt, dass man an den verschiedenen Orten Deutschlands darüber nachdenkt, wie die Gedanken Ottos Eingang finden können in die Regelschule. Es folgen einschlägige Schulversuche, u. a. am Otto-Reformgymnasium in Magdeburg. Mit dem Jahr 1933 fällt dann auch der Vorhang für diese z.T. erfolgversprechenden reformpädagogischen Ansätze.

Versucht man die Pädagogik Berthold Ottos auf den Punkt zu bringen, dann ergeben sich als grundlegenden Elemente:

1. Der freie Gesamtunterricht, der neben den Schulfächern Freiräume für altersgemäße Interessen schafft.
2. Die Berücksichtigung der Altersmundart. Immer wieder hat die Lehrkraft zu überprüfen, inwieweit sie mit ihrer Diktion von den Schülern verstanden wird.
3. Die Achtung und der Respekt vor der Eigengesetzlichkeit der Kindheit. Diese ist nicht nur als eine Vorstufe zum Leben des Erwachsenen anzusehen, sie ist auch eine Menschheitsform von selbständigem und allerhöchstem Wert, sagt Otto.

Ohne Zweifel, Berthold Otto gehört mit seinem „pädagogischen Denken vom Kinde aus“ zu den entscheidenden Innovatoren des Erfahrungsraumes „Schule“. Würde er die heutige Bildungsdiskussion miterleben, käme er kaum an der wenig erbaulichen Feststellung vorbei: Zu Beginn des 21. Jahrhunderts sind wir nicht viel weiter als am Anfang des zwanzigsten. Damals lag die Ursache des Malheurs im mangelnden Erkenntnisstand, heute liegt's eher am fehlenden Geld, wie wir immer wieder hören. Für die Kinder entscheidend aber sind nicht die Ursachen, sondern die Auswirkungen.

Quelle: H. Altendorfer „Berthold Otto“, Lüneburg 2001

Beschluss der Kultusminister zur Rechtschreibreform:

Neuregelung der deutschen Rechtschreibung

Die Kultusministerkonferenz dankt dem Rat für deutsche Rechtschreibung für die bisher geleistete Arbeit. Der Rat hat in kurzer Zeit die Bereiche möglicher Änderungen am Regelwerk benannt. Für den Schuljahresbeginn 2005/2006 ist für Lehrerinnen und Lehrer, Schülerinnen und Schüler und ihre Eltern bedeutsam, dass die 1996 beschlossene Neuregelung (in der Fassung von 2004) Grundlage des Unterrichts an den Schulen bleibt, bis der Rat gegebenenfalls konkrete Änderungen vorlegt. Für alle Bereiche, zu denen aus dem Rat keine Änderungswünsche zu erwarten sind, das sind die Laut-Buchstaben-Zuordnung, die Schreibung mit Bindestrich sowie die Groß- und Kleinschreibung, endet mit dem 31. Juli 2005 an Schulen der Übergangszeitraum bei der Fehlerkorrektur. Für jene Bereiche, zu denen der Rat noch mögliche Änderungen vorgeben könnte, werden die vor 1996 geltenden Schreibweisen bis auf Weiteres nicht als falsch markiert und bewertet.

Die Kultusministerkonferenz vereinbart zum Umgang mit der Neuregelung der deutschen Rechtschreibung in allen Ländern:

1. Die Neuregelung der deutschen Rechtschreibung, wie sie sich aus der Amtlichen Regelung von 1996 in der Fassung von 2004 ergibt, ist die verbindliche Grundlage des Rechtschreibunterrichtes an allen Schulen.
2. Am 31. Juli 2005 endet die Übergangsfrist und die damit verbundene Korrekturpraxis. Schreibweisen, die nicht der Neuregelung entsprechen, werden ab dem 1. August 2005 als Fehler nicht nur markiert, sondern auch bewertet. In den Bereichen, in denen der Rat seine Beratungen noch nicht abgeschlossen hat, jedoch Änderungsvorschläge zu erwarten sind, wird bei der Bewertung Toleranz geübt. Dies betrifft die Getrennt- und Zusam-

menschreibung, Worttrennung und Interpunktion. Für den Überschneidungsbereich von Getrennt- und Zusammenschreibung und Groß- und Kleinschreibung gilt diese Toleranzklausel ebenso.

Ab Schuljahr 2005/06 gültig:

Die neue Rechtschreibung – ein Problem für die berufliche Bildung?

HEIKO POHLMANN

Die Rechtschreibung hat sich seit der Einführung durch Dr. Konrad Duden als „Orthographisches Wörterbuch“ im Jahre 1880 laufend geändert. Umfasste der erste Duden noch 187 Seiten, so enthält die Ausgabe 2004 nunmehr 1 152 Seiten. Bisher galt die Schreibweise der darin enthaltenen Wörter als Übereinkunft, als Schreibform, die im schriftlichen Sprachgebrauch üblicherweise benutzt wurde und die die Dudenredaktion dann in die aktuelle Ausgabe übernahm.

Ende der Übergangsfrist

Auf Beschluss der Kultusministerkonferenz endet am 31. Juli 2005 die Übergangsfrist und ab dem 1. August 2005 werden Schreibweisen, die nicht der Neuregelung entsprechen, „als Fehler nicht nur markiert, sondern auch bewertet.“ So lautet der Beschluss der KMK und weiter: „In den Bereichen, in denen der Rat seine Beratung noch nicht abgeschlossen hat, jedoch Änderungsvorschläge zu erwarten sind, wird bei der Bewertung Toleranz ge-

3. In Zweifelsfällen werden Wörterbücher zugrunde gelegt, die nach den Erklärungen des Verlages den aktuellen Stand der Regelung vollständig enthalten. In Österreich wird das Österreichische Wörterbuch zugrunde gelegt.
4. Der aktuelle Stand des Regelwerks und des Wörterverzeichnisses ist im Internet (unter www.rechtschreibkommission.de) und im Buchhandel zugänglich. *dpa*

übt.“ Damit gelten zumindest für die Schulen die von der KMK beschlossenen unstrittigen Regeln ab diesem Zeitpunkt als verbindlich. Für die noch strittigen Regeln wird die Übergangsfrist verlängert. Vergleicht man die bisherige Schreibweise, so sind beachtliche Änderungen bei der neuen festzustellen.

Probleme an den beruflichen Schulen

Der Schüler, der mit Hilfe des Quellenstudiums auch der Fachliteratur seine Studierfähigkeit verbessern will und soll, findet damit eine andere Rechtschreibung vor als die, die er nun selbst benutzen muss. Vergleicht er dazu noch Quellen aus aktuellen Tageszeitungen, so z. B. die Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), DIE ZEIT oder die des Springer-Verlages, so muss er feststellen, dass auch dort anders geschrieben wird, als er es tun muss.

Noch schwieriger wird es für alle Schüler, die in den vergangenen Schuljahren schon die neue Rechtschreibung gelernt und geübt haben, aber

Reform der Rechtschreibung – eine Chronologie

1901	Das Wörterbuch des Lehrers Konrad Duden wird verbindlich eingeführt
1. Juli 1996	Nach mehr als zehnjähriger Beratung in einer Expertenkommission unterzeichnen Deutschland, Österreich, die Schweiz, Liechtenstein und die Länder mit deutschsprachiger Minderheit die Erklärung zur Rechtschreibreform.
14. Juli 1998:	Das Bundesverfassungsgericht sieht keinen Verstoß gegen Grundrechte; die Reform kann wie geplant am 1. August in Kraft treten.
1. August 1998:	Die neue Rechtschreibung tritt für alle Schulen und Behörden in Kraft. Die Übergangszeit, in der auch die alten Schreibweisen erlaubt sind, dauert bis zum 31. Juli 2005.
August 1999:	Die Rechtschreibreform wird bei den deutschen Nachrichtenagenturen verbindlich eingeführt. Nahezu alle Zeitungen in Deutschland, Österreich und der Schweiz verfassen ihre Berichte nach den neuen Regeln.
26. Juli 2000:	Ein Jahr nach In-Kraft-Treten der Rechtschreibreform kehrt mit der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ als erste große, überregionale Tageszeitung zur alten Rechtschreibung zurück.
6. August 2004:	Die Axel Springer AG und der Spiegel-Verlag kündigen an, zur alten Rechtschreibung zurückzukehren; auch die Süddeutsche liebäugelt damit.
6. Oktober 2004:	Die Süddeutsche Zeitung erklärt: „Wir wollen nicht zur alten Rechtschreibung zurückkehren“.
11. Oktober 2004:	Der Spiegel tritt von der Rückkehr zur alten Rechtschreibung zurück.
8. Oktober 2004:	Die Ministerpräsidenten der Bundesländer bestätigen den Beschluss der Kultusministerkonferenz: Vom 1. August 2005 an sollen die neuen Regeln verbindlich gelten. Die Länderchefs sprechen sich außerdem für einen „Rat für deutsche Rechtschreibung“ aus, der strittige Punkte überarbeiten und die Schreibpraxis beobachten soll.
15. Oktober 2004:	Die KMK beschließt die Besetzung des Rats für deutsche Rechtschreibung. Dieser soll so schnell wie möglich seine Arbeit aufnehmen, damit Änderungsvorschläge bis zum endgültigen Inkrafttreten der Reform am 1. August 2005 umgesetzt werden können.
3. Juni 2005:	Die KMK beschließt: Die Rechtschreibreform wird zum 1. August verbindlich für Schulen und Verwaltung. In den strittigen Bereichen Getrennt- und Zusammenschreibung, Worttrennung und Interpunktion gilt weiterhin eine Übergangsregelung, bis eine endgültige Entscheidung getroffen wird.

nun umlernen müssen, da die KMK kurz vor der Einführung noch beachtliche Änderungen beschlossen hat. Umso schlimmer ist der Umstand, dass die Reform nun in zwei Teile zerfällt, in einen unstrittigen und einen strittigen. Unstrittig ist, dass bei der Laut-Buchstaben-Zuordnung Wortstämme durch gleiche Schreibung in allen Wörtern einer Wortfamilie kenntlich gemacht werden. Akzeptanz finden die Schreibweisen mit dem Bindestrich und der Groß- und Kleinschreibung. Strittig bleiben die Getrennt- und Zusammenschreibung, die Worttrennung am Zeilenende und die Zeichensetzung. (www.rechtschreibkommission.de)

Die Lehrer an beruflichen Schulen werden nun noch größere Schwierigkeiten haben, ihren Schülern die neuen unstrittigen, aber auch die strittigen Formen plausibel zu machen. Nun muss nämlich schon die 3. Fassung gelernt werden, und wenn sich der Rechtschreibrat für eine weitere entscheidet, auch diese.

Da aber die Schüler beruflicher Schulen auch mit Texten aus dem betrieblichen Alltag arbeiten müssen, die sich keineswegs nach der von der KMK vorgeschriebenen Form richten, ergeben sich weitere Schwierigkeiten. So liegt bei der Textrezeption auf der einen Seite eine andere Schreibweise vor als bei der eigenen Textproduktion. Die Folge wird sein, dass unsere Schüler noch weniger als bisher wagen, etwas schriftlich von sich zu geben.

Deutlich wird das Problem z. B. im Berufsfeld Nahrung. Der Schüler muss lernen, auch Speisekarten fachlich richtig – natürlich mit neuer Rechtschreibung – zu verfassen. Wahrscheinlich wird der Gast sich darüber wundern und, da er kaum Kenntnisse von der neuen Rechtschreibung haben wird, die Speisekarte als fehlerhaft brandmarken. Die Reihe der Beispiele aus der beruflichen Praxis ließe sich beliebig fortsetzen, immer wird sich zeigen, dass bei der Textrezeption und der Textproduktion verschiedene Formen der Rechtschreibung vorliegen.

Dazu muss die Lehrkraft dem Schüler Fehler als Rechtschreibfehler

markieren und bewerten und nun gehen sie in die Benotung der Gesamtleistung ein. In Zweifelsfällen kann der Lehrer dann Wörterbücher zu Grunde legen, „die nach den Erklärungen des Verlages den aktuellen Stand der Regelung vollständig enthalten“, so die KMK.

Deutschunterricht – anders verstanden

Ein Vorschlag zur Güte, der dem Deutschunterricht an den beruflichen Schulen einen anderen weit wichtigeren Stellenwert verleiht: Besinnen wir uns auf die eigentliche und hauptsächliche Aufgabe der Sprache! Sie dient der Kommunikation im mündlichen und schriftlichen Sprachgebrauch. Man scheint dies auch in der Wirtschaft vergessen zu haben. Wenn heute ein Aufbaustudiengang MBA wie „Communication and Leadership“ von der deutschen Wirtschaft gefordert und von wichtigen Stiftungen mit Geldmitteln unterstützt und von einer namhaften Universität durchgeführt als die bahnbrechende und wichtigste Neuerung propagiert wird, dann führt der Weg in die richtige Richtung. Wenn erkannt wird, dass auch die Führung eines Betriebes von der Kommunikation unter den Beschäftigten und zwischen den verschiedenen Führungsebenen und damit von der Sprache abhängt, dann ist es Aufgabe der beruflichen Schulen, die Schüler so zu bilden, dass sie den Wert der Sprache als Kommunikationsmittel erkennen. Und der erstreckt sich eben nicht nur auf die richtige Schreibweise.

Darauf müssen sich auch die Schulen einstellen und die mündliche und schriftliche Sprachfähigkeit der Schüler fördern, um die in den lernfeldorientierten Lehrplänen geforderte Personal- und Sozialkompetenz zu verbessern. Erst wenn der Schüler weiß, wie und warum man sich als Verfasser von Texten (Sender) auf den Leser oder Hörer eines Textes (Empfänger) einstellen muss und umgekehrt, damit man sich gegenseitig versteht, erst dann hat er den Sinn der Kommunikation verstanden. Und dabei hat die Rechtschreibung durchaus einen bestimmten Stellenwert.

Die KMK und der Rat für deutsche Rechtschreibung wären gut beraten, endlich den Streit um die Rechtschreibung zu beenden, und den Wert der Sprache als Kommunikationsmittel mehr in den Vordergrund zu rücken. Bis es zu einer endgültigen Festlegung kommt, wird es nach Einschätzung des

Ratsvorsitzenden Hans Zehetmair noch bis weit ins Jahr 2006 dauern. Bis dahin wird die Übergangsfrist für die strittigen Bereiche ausgeweitet und die „alten“ Schreibweisen müssen von den Lehrern nicht als Fehler geahndet werden. <

Berufsschule Weiden federführend in Sachen Gesundheit:

Diagnose Unterzucker

GÜNTHER ROTH

Wiederholt musste in der Vergangenheit der Notarzt an die Berufsschule gerufen werden. Diagnose: Unterzucker. Diabetes weitet sich nicht nur in Deutschland, sondern weltweit aus. Ein Grund für Barbara Steinhäuser, Ärztin und Lehrkraft im Gesundheitsbereich an der Berufsschule Weiden, ein Projekt auf die Beine zu stellen, welches Risiken, aber auch Möglichkeiten zur Prophylaxe aufzeigt. Dieses Projekt, im vergangenen Schuljahr erstmals durchgeführt, fand offene Ohren in den Bayerischen Staatsministerien für Kultur und Gesundheit und wird seitdem mit 15 000 Euro bezuschusst – erstmals in Bayern und einmalig an beruflichen Schulen.

Im April 2005 fand eine Fortbildung für Lehrkräfte an beruflichen Schulen in der Oberpfalz unter Federführung von Projektleiterin Steinhäuser statt. Stellvertretender Schulleiter Thomas Neumann wies darauf hin, dass es sich bei der Volkskrankheit Nummer 1 nicht nur um ein fachliches Thema handle. „Hier sind die Schule gefordert“, betonte er auch im Namen von Barbara Steinhäuser, die sich ihrer Verantwortung zu den Schülern bewusst ist. „Der jüngste Altersdiabetiker ist fünf Jahre alt. In den Klassen sitzen die Eltern der zukünftigen Generation. Sie müssen informiert werden, damit sie für sich und ihre Kinder richtig handeln können.“ Auch für den

leitenden Regierungsschuldirektor Karl-Heinz Kirchner birgt das Problem Diabetes, verbunden mit falscher Ernährung, „genügend gesellschaftspolitischen Sprengstoff“. Der Stolz der Eltern über ihren „Wonnepropfen“ sei als äußerst gefährlich einzuschätzen.

Diabetes werde ausgelöst durch Übergewicht, aber auch durch Nikotingenuss, so Medizinaloberrat Dr. Peter Stadtmüller von der Regierung der Oberpfalz. „In der Jugend werden die Grundlagen gelegt für den gesellschaftsfördernden Lebensstil. Unser Projekt zielt darauf ab, hier möglichst frühzeitig einzugreifen und das Verhalten der Menschen in die richtigen Bahnen zu leiten. Wir müssen zunächst die Lehrkräfte sensibilisieren, die ihre Erfahrungen und ihr Wissen an die Schüler weitergeben.“ Diabetes Typ 2, die „Altersdiabetes“ sei in letzter Zeit auch schon bei Jugendlichen angetroffen worden. Acht Prozent der Bevölkerung leidet inzwischen an der Krankheit, die Kosten der Kassen belaufen sich auf rund 24 Milliarde Euro pro Jahr. „Wir wollen die Jugend als aktiven Partner im Gesundheitswesen haben. Das Projekt der Weidener Berufsschule passt auch wunderbar in das Gesundheitskonzept der Bayerischen Staatsregierung mit den Schwerpunkten Rauchen, Alkohol und Übergewicht“, betonte der Gesundheitsvertreter der Regierung.



Martin Schiener und Gisela Czauderna widerlegten mit ihrem Buffet die Aussage „Was gesund ist, muss nicht schmecken“.



Die Referenten Dr. Georg Aderbauer, Regina Timmler-Bergler (links), Dr. Ehrenfried Lachmann und Ulrike Rauch (rechts) stimmen sich mit Projektleiterin Barbara Steinhauser (3. von links.) ab.

„In der Nachkriegsphase, der Hungerphase gab es fast keine Diabetes Typ 2“, stellte Chefarzt Dr. Ehrenfried Lachmann vom Klinikum Weiden fest. Er referierte mit Dr. Georg Aderbauer aus der Inneren Abteilung über Diabetes bei Kindern und im Erwachsenenalter. „Zucker tut auch nicht weh. Man spürt ihn erst, wenn es zu spät ist.“ Zwei Prozent Differenz zwischen Energiezufuhr und -verbrauch führten bereits zu Übergewicht. Lachmanns Empfehlung: „Fünfzehn Minuten pro Tag Fußball spielen statt fernzusehen könnten diese Defizit ausgleichen.“

Tipps zur Förderung der Gesundheit gab es in Hülle und Fülle. Diplom-Sportwissenschaftler Matthias Spickenreuter von der AOK Weiden und Hans Georg Joha von der Berufsschule gaben Anleitungen wie man durch Bewegung fit und gesund bleiben kann. Matthias Spickenreuter referierte über den Bereich Diabetes und Sport, ging dabei auf die positiven Aspekte ein, die Sport vor allem zur Reduzierung des Blutzuckerspiegels leisten kann und Möglichkeiten gut geeigneter Sportarten (vor allem Ausdauersport). Er erwähnte aber auch Risiken, die bei unkontrolliertem Sporttreiben entstehen können. Also immer vor dem Sport: Blutzuckertest durchführen, auch die Konsultation des Hausarztes ist empfehlenswert.

Hans Georg Joha hat Unterrichtseinheiten für die unterschiedlichsten Berufsgruppen entwickelt. Er stellte

ein Sportmodul vor, das seit September 2002 an unserer Berufsschule durchgeführt wird, und zeigte die beruflichen Belastungen der Berufsschüler und den Umgang damit aus ergonomischer und sportlicher Sicht auf.

Die Ernährungsberaterinnen Regina Timmler-Bergler vom Klinikum Weiden und Ulrike Rauch von der AOK Weiden hielten Tipps für die gesunde Ernährung bereit und führten dies anhand der Ernährungspyramide vor. Zusätzlich hatten die Lehrkräfte aus den Abteilungen Gesundheit und Nahrung der federführenden Berufsschule Informationsmaterialien und

Unterrichtseinheiten vorbereitet. Diese können von den Lehrgangsteilnehmer in den Unterrichtsstunden eingesetzt werden.

Und zu guter Letzt bewiesen Küchenmeister Martin Schiener und Diätassistentin Gisela Czauderna vom Weidener Klinikum mit ihrem kalten und warmen Buffet, wie gut gesunde Kost schmecken kann. Sie hatten diverse Aufläufe und Salate vorbereitet, die nicht nur optisch einen sehr guten Eindruck machten, sondern auch noch vorzüglich schmeckten. Dafür erhielten sie von den „Verkostern“ ein großes Lob. <

Eine Nachlese:

6. Theatertage der Bayerischen Wirtschaftsschulen

WALTER KRUSE

Der Spaß stand an erste Stelle bei den 6. Theatertagen der bayerischen Wirtschaftsschulen 2005, die Anfang Mai stattfanden. Sieben Theatergruppen mit insgesamt 112 Schauspielerinnen und Schauspielern aus Ansbach, Augsburg, Bad Windsheim, Eschenbach, Ingolstadt, Kempten und Lichtenfels brachten ihre Produktionen auf die

Bretter, die die Welt bedeuten, und begleiteten die Inszenierungen der anderen Gruppen mit viel Lob aber auch, da alle vom Fach waren, mit viel konstruktiver Kritik.

Genügend Zeit blieb für den Austausch und das bessere Kennen lernen. Diese Gelegenheit wurde nicht nur von den Ensemblemitgliedern sondern auch von den Gruppenleitern intensiv genutzt. Zeit blieb auch für

ein kleines Rahmenprogramm: Ein Schmink- und zwei Impro-Workshops boten Gelegenheit, mit Profis zu arbeiten. Wer in dieser Zeit, während die Workshops liefen, lieber die Stadt Augsburg entdecken wollte – und Augsburg hat in kultureller Hinsicht viel zu bieten – machte sich auf den Gang durch die Stadt. Eingeplant war auch eine Theateraufführung des FOS-Theaters, das ja gleich nebenan beheimatet ist und mit „Siegfried“ ihr 25-jähriges Jubiläum feierte. Eine Kennenlernparty, die am Donnerstag nach den Vorstellungen stattfinden sollte, stand zu sehr in Konkurrenz mit der Zeit und schrumpfte auf eine halbe Stunde zusammen, da alle noch die öffentlichen Verkehrsmittel erreichen mussten, um zur Jugendherberge zu gelangen.

Mit ihrer Eigenproduktion „Was man hat, hat man!“ eröffnete die Theatergruppe der Reischleschen Wirtschaftsschule Augsburg, die RWS- Theaterwerkstatt, das Festival.

Die Theatergruppe der Städt. Wirtschaftsschule Ansbach zeigte das Stück „Luzifers Nöte mit der Demo-

kratie und der Autobahn“ von Rolf Stommel.

Die Sketch Company der Staatl. Wirtschaftsschule Kempten zeigte, wie schon der Name der Spielgruppe verrät, eine „Sketch Parade“ mit Sketchen von Herricht und Preil. In Szene gesetzt wurden die Sketche „Der Tierfreund“, „Die Reisebekanntschaft“, „Der Klavierkauf“, „Die Hypnose“, „Die Weltreise“, „Hände hoch, sonst knallts“, „Mensch ärgere dich nicht!“ und „Die Fahrschule“.

Die PWS-Comedians der Privaten Wirtschaftsschule Lichtenfels setzten die Aufführungen ebenfalls mit Sketchen fort. Extra angereist war der Schulleiter der WS Lichtenfels, um seiner Truppe moralischen Beistand zu leisten, denn das Ensemble spielte zum ersten Mal im Scheinwerferlicht und vor einem kritischen Publikum. Auf dem Spielplan der PWS-Comedians standen die Sketche „Firepractice“, „At the reception“ und „At the busstop“.

Was passiert, wenn Gerüchte in die Welt gesetzt werden, zeigten die Peanuts der Staatl. Wirtschaftsschule Bad Windsheim. Die Komödie „Mord oh-

ne Leiche – (k)ein Fall für Sherlock Holmes“ von Magret Völkl und Rudolf Guder nimmt sich dieser Thematik an.

Das Ensemble des Chaostheaters der Staatl. Wirtschaftsschule Eschenbach brachte eine haarsträubende Geschichte aus einem verrückten Hospital – normalerweise in vier Akten – von Horst Helfrich „Schwester, bitte kommen!“ auf die Bühne.

Mit „Go! Eine Beincollage II“, eine Eigenproduktion der MuWis der Priv. Wirtschaftsschule Ingolstadt, kam das letzte Stück dieser Theatertage auf die Bühne.

Natürlich standen die Aufführungen im Vordergrund. So klein die Bühne auch war, so groß war das, was sich auf ihr abspielte. Die jungen Akteure, die zum Teil das erste Mal auf einer richtigen Bühne im Scheinwerferlicht standen, überwandnen ihre Anfangsnervosität und zeigten dann, was sie können.

Gespannt warten wir schon, was die nächsten Theatertage der Bayerischen Wirtschaftsschulen auf die Bühne bringen werden. <



Bretter, die die Welt bedeuten.

Schulpastoral und Soziale Arbeit als Wegweiser für das Leben:

Erfolgserlebnisse für das Leben tanken

BETTINA BAUER/WOLFGANG LORENZ

„Die Zukunft gehört mir – mit Praktika und Kursen zu neuen Ressourcen“ – unter diesem Gesichtspunkt haben die Sozialpädagogin Bettina Bauer und der Religionspädagoge Wolfgang Lorenz ein völlig neues Projekt aus der Taufe gehoben: Das Klientel sind Jugendliche im Berufsvorbereitungsjahr (BVJ), alle 25 Schülerinnen und Schüler ohne Ausbildungsplatz, eine Minderheit mit dem „Quali“, die meisten aus der Hauptschule, manche sogar ohne Schluabschluss. Im BVJ bekommen sie den curricularen Lehrplan, aber ansonsten keine Unterstützung, auch nicht von außerhalb. Das erste Jahr dieses Pilotprojektes nähert sich nun dem Ende- und es kann eine sehr positive Bilanz gezogen werden, die die beiden Projektleiter zusammen mit dem Förderkreis (Bürgermeister und SMV) ermuntert, auch im nächsten Schuljahr diese Wege aus Sozialer Arbeit und Schulpastoral zu gehen.

„Ohne Moos nix los“

Als größtes Hindernis bei diesem Projekt, das in monatelanger Vorbereitungszeit durch die Autoren sowie Trainerin Sabrina Göth am Beruflichen Schulzentrum in Sulzbach – Rosenberg entstanden ist, erwies sich die Finanzierung: Der Bayerische Jugendring mit seinem „Jambus“ Programm (gefördert aus dem Bayerischen Kul-

turfonds) half unbürokratisch und schnell, und nach einigen Monaten konnten sich die Leiter auch die Unterstützung durch das LOS (lokales Kapital für Soziale Zwecke) – Programm „Soziale Stadt“ (gefördert nach EU-Richtlinien) sichern. Ohne diesen Beistand wäre es wohl nicht möglich gewesen, jungen Menschen Rüstzeug für ihr eigenes Lebens mitzugeben. Den beiden Leitern mit ihrer Trainerin ging es und geht es bei ihrer Konzeption um brachliegende Ressourcen bei jungen Menschen, die ohne Ausbildungsplatz und ohne eigenes Geld vor sich hinfrusten.

Aktivitäten

Als erstes wurde das Klassenzimmer nach eigenen Vorstellungen gestaltet. Danach stand zunächst einmal das eigene Selbstbewusstsein im Mittelpunkt, das mit kommunikativen oder pantomimischen Spielen und theoretischem Input langsam aufgebaut wurde. Die Kommunikation und die Rhetorik bildeten weitere Anfangsschwerpunkte des Programms, das die Schüler jeden Mittwoch für sechs Stunden zusammenführt. Durch diese Nachhaltigkeit wuchs auch innerhalb der Gruppe Vertrauen an, die jungen Menschen lernten immer besser, auch mit Kritik umzugehen, zuzuhören und eigene Vorschläge einzubringen. Das waren auch Grundvoraussetzungen für die Vermittlung von vielfältigen

Praktika im handwerklichen wie auch im sozialen Bereich- die Firmen in der Region haben dafür ein sehr offenes Ohr gezeigt. Dazu stand ab Anfang dieses Kalenderjahres auch ein intensives Bewerbungstraining im Mittelpunkt, um die jungen Menschen ausbildungsplatzfit zu machen: Mit Erfolg, denn die Jugendlichen kümmerten sich in der Folge auch eigenständig um Praktikastellen, schrieben Bewerbungen, hatten Vorstellungsgespräche und zumindest 15 Prozent haben bis Mitte Mai einen Ausbildungsplatz in der Tasche, andere dürfen noch berechnete Hoffnungen auf einen „Job“ hegen. Dazu konnten sechs junge Menschen bewegt werden, sich für den externen „Quali“ anzumelden – sie wurden in den letzten Wochen separat und vor allem in den Ferien auf diese wichtige Prüfung im Rahmen des Projekts vorbereitet.

Aber auch Außergewöhnliches bestimmte das Konzept: Ein Trommelkurs, in dem es besonders um das Zuhören ging, wurde ebenso angeboten wie zwei Nachmittage mit einem Erlebnispädagogen, der die Bedeutung der Teamfähigkeit beispielsweise beim Bau eines Niedrigseilgartens erklärte. Präventiv wurde unter anderem mit einem Streitschlichterprogramm und dem Antiaggressionstraining gearbeitet, für das zwei ausgebildete Judolehrer gewonnen werden konnten. Dazu konnten die jungen Menschen bei verschiedenen religiösen Angeboten wählen und wurden mit gesellschaftlichen Fragen konfrontiert: Zum Thema Behinderungen kam mit Gerd Schönfelder sogar ein Olympiasieger bei den Paralympics, ein Asylbewerber und die Flüchtlingsberatungsstelle konnten den Schülern die



Bild links:
Einander vertrauen – ein wichtiges Element gemeinsam etwas auf den Weg zu bringen.

Bild rechts:
Praktikum – Feilen will gelernt sein.

Menschenrechte näher bringen und die Gefahren beispielsweise durch Rechtsradikalismus verdeutlichen. Schmanke gegen Ende des Projekts wie Besinnungstage, eine Fahrt zum Erfahrungsfeld der Sinne, ein Kegelwettkampf oder eine Kanufahrt dürfen dabei natürlich nicht fehlen.

Unterstützung

Große Unterstützung erfuhren die Projektleiter beim Lehrerkollegium und bei den Medien, die durch ihre kontinuierliche Berichterstattung viel Positives auf den Weg brachten und so manche Praktikurstür öffneten. Diese Praxisgeber äußerten sich über ihre Praktikanten sehr positiv, so dass sich Bauer und Lorenz freuen dürfen, dass nahezu alle Projektteilnehmer mittlerweile ausbildungsplatzfähig geworden sind. Für die Neuen, die Nachfolger im BVJ-Projekt, die ab September 2005 im BSZ beschult werden, feilt das Duo aber schon wieder kräftig an einem noch ausgeklügelteren Angebot, das jungen Menschen ohne Ausbildungsplatz eine ganz wichtige Starthilfe für das persönliche Leben ist.

Fazit

Die Schülerinnen und Schüler des BVJ bekamen durch die Projektinitiative wichtiges Marschgepäck für ihre Zukunft: So haben Verantwortliche der Firma Bosch vor wenigen Tagen signalisiert, dass ihnen bei Einstellungen die persönliche und soziale Kompetenz des jungen Menschen besonders wichtig sind. Offenheit, Glaubwürdigkeit, Hilfsbereitschaft und Vertrauen sind die Grundsätze der Führungsphilosophie – alles wertvolle Ideale, die durch die beiden Projektleiter vermittelt wurden.

Dazu haben nach dem Stand vom 6. Juni mittlerweile bereits 20 Prozent der ausbildungsplatzlosen Schüler einen Lehrvertrag in der Tasche. Bettina Bauer und Wolfgang Lorenz hoffen zuversichtlich, diesen Prozentsatz bis zum Beginn des neuen Ausbildungsjahres noch weiter steigern zu können.

Die Projektleitung stellt auch gerne die Inhalte und Ziele der einzelnen Projektstage für interessierte Pädagogen zur Verfügung. <

Für den praktischen BWL-Unterricht:

EU-Insolvenz für Deutsche in Frankreich – Binationale InsO-Provider arrangieren Abwicklung

Nach dem Beschluss des BGH vom 18.09.2001–IX ZB 51/00 ist eine in Frankreich erteilte Restschuldbefreiung auch in Deutschland anzuerkennen, wenn sich ein Bundesbürger in Frankreich einem diesbezüglichen Verfahren unterworfen hat, das den Regelungen der deutschen Insolvenzordnung, insbesondere im Hinblick auf die darin zu handhabende Vermögensverwertung, entspricht. Die in Frankreich geltenden Fristen zur Erlangung der Restschuldbefreiung müssen hingegen nicht den relativ langen Fristen in Deutschland entsprechen. Damit hat der BGH eine bahnbrechende Entscheidung getroffen. Es ist das Recht jedes EU-Bürgers, Wohnsitz und Arbeitsplatz frei zu wählen und demzufolge auch die hohe soziale Abfederung eines deutschen Arbeitsplatzes mit den Annehmlichkeiten eines Wohnsitzes in Frankreich zu verbinden. Zudem hatte der Rat der Europäischen Union zuvor in seiner Verordnung (EG) Nr. 1346/2000 vom 29. Mai 2000 über Insolvenzverfahren zum Ausdruck gebracht, dass die Wirkungen einer Auslandsinsolvenz im Inland anerkannt werden müssen.

In Frankreich kann man eine Restschuldbefreiung schon nach 12 – 14 Monaten erreichen, in Deutschland beträgt die Wartezeit 7 Jahre.

Es ist daher nicht verwunderlich, dass bald danach zweisprachige InsO-Provider grenzüberschreitend den Service der qualifizierten Beratung zum Thema Insolvenzverfahren einer natürlichen Person über ein französisches Instanzengericht (etwa: Amtsgericht) angeboten haben. Das Honorar erstreckt sich von der Beratungsstunde für 150 EUR bis zur Komplettabwicklung für 25 000 EUR. Qualifiziert sind solche Provider vornehmlich deswegen, weil sie Rechtswissenschaften in Deutschland sowie in Frankreich studiert haben und zumeist Universitätsabschlüsse aus beiden Ländern haben.

Insolvenzverfahren der gängigen Art mit Restschuldbefreiung und den damit verbundenen Wohlverhaltensphasen von unterschiedlicher Dauer gibt es in etlichen EU-Staaten. In Deutschland ist die Wohlverhaltensperiode 6 Jahre lang, in Frankreich gibt es eine solche nicht.

Voraussetzung für die Insolvenzverlagerung ist das Vorliegen eines Verbrauchersolvenzverfahrens, etwa aus Haftungsanspruchnahme wegen einer ehemaligen/als

- | | |
|---------------------------------------|---------------------------|
| 1. Tätigkeit als GmbH-Geschäftsführer | 3. Tätigkeit in einer GbR |
| 2. Tätigkeit als Einzelunternehmer | 4. Privatperson |

Für eine Insolvenz à la française muss ein Wohnsitz in Frankreich nachgewiesen werden mit Mietvertrag und Telefonrechnungen/Energieabrechnungen sowie polizeilicher Anmeldung. Die französische Justiz verlangt nun, dass ein Wohnsitz mindestens 6 Monate vor Antragstellung begründet worden sein muss. Die für das eigentliche Verfahren notwendigen Dokumente sind in der zehnteiligen Liste de Pièces aufgezählt. Zudem muss der Nachweis der Überschuldung erbracht werden und die Offenlegung der eingeleiteten Zwangsvollstreckungsmaßnahmen erfolgen:

1. Mahn- und Vollstreckungsbescheide
2. Protokolle über erfolglose Pfändungen
3. Eintragung von Sicherheitshypotheken

Nach der Insolvenzeröffnung werden alle Zwangs- und Vollstreckungsmaßnahmen eingestellt, weswegen man in den Genuss des völligen Gläubigerschutzes kommt. Der vom Instanzengericht bestimmte Insolvenzverwalter erstellt nach der Sach- und Rechtslage einen Bericht für das Gericht. (Falls keine Masse vorhanden ist, gibt es eine Verfahrensabweisung wie in Deutschland.) In Verfolgung dessen wird die Restschuldbefreiung erteilt. Mit dem Urteil des französischen Insolvenzgerichtes muss man dann beim deutschen Insolvenzgericht um die Löschung der Schuldnerdaten ersuchen.

Die französische Insolvenz ist spürbar schuldnerfreundlicher und ermöglicht einem EU-Bürger schneller, ein reguläres Leben zu führen. *Helmut Stephan*

Lernort Schule einmal anders:

Insider plaudern aus dem Nähkästchen

HERBERT GEIGER

Ein Forum eröffnen wollten sie im Rahmen der bisher schon vielfältigen Aktivitäten zur Schulentwicklung am Kaufmännischen Berufsbildungszentrum Würzburg. So initiierten Gerhard Brigelius und Franz Ziegler zusammen mit dem Förderverein im Rahmen der SCHILF die Veranstaltungsreihe „KBBZ-Gespräche“. Eine Plattform für Information, Fortbildung, Kooperation der Lernorte Betrieb und Schule sowie ein Beitrag zur Schul- und Unternehmensentwicklung soll sie nach deren Willen sein. Damit diese Vorstellung kein frommer Wunsch bleibe, sondern sich schon bald zukunftsträchtig realisiere, lud man zur Premiere zum Meeting mit dem Titel „Wie werden heute Geschäftsprozesse durch gezielten Einsatz von Business-Systemen (ERP-Systemen) optimiert?“

Über drei Dutzend Interessierte, neben Lehrern auch ein beträchtlicher Anteil davon aus verschiedenen Betrieben, hatten sich eingefunden, um – jeder auf seine Weise – von den Erläuterungen zur langjährigen und fundierten Praxis Roland Abeles auf diesem Gebiet zu profitieren.

Er gründete 1991 die Firma Abacon und ist Geschäftsführer der Tectura GmbH in Rimpar mit hochkarätigem Stamm an Kunden und Geschäftspartnern. Seine Ausführungen spannten sich von der Darlegung zu seinen ursprünglichen Zielvorstellungen, die sich mehr im operativen, denn im strategischen Bereich bewegen, über Veranschaulichung von Validierungs- und Zertifikationsprozessen bis zur Anpreisung praxisorientierter und -tauglicher user-bzw. produktspezifischer Zugangsberechtigungen. Details zu dabei verwendeten Maskengeneratoren blieben für manche(n) zwar kryptisch, doch konnte fast jede(r) die Vorteile gruppenspezifischer Zugriffsbe-

rechtigungen inclusive der Möglichkeit, durch verschiedene – jeweils lizenzierte – Abteilungen zu navigieren, gedanklich nachvollziehen.

Ebenso bestaunte man/frau den Nutzen eines High-End-Kommunikationsgerätes namens Blackberry. Den Vorkenntnissen zum genannten Thema und der profunden, meist recht anschaulichen Darstellung des Referenten entsprechend war jedoch die Resonanz auf verschiedene Ausführungsebenen je nach Kenntnis- und Interessenlage der Zuhörer naturgemäß unterschiedlich. Das vorgesehene Zeitbudget reichte letztlich nicht aus, um das eröffnete Feld auch nur annähernd vollständig abzugrasen respektive den Wissensdurst erschöpfend zu stillen. Gemäß dieser Einschränkung konnten nicht alle mit der neuen Veranstaltungsreihe verbundenen Erwartungen zugleich und ad hoc eingelöst werden. Kein Wunder, aber auch kein Schaden – soll doch noch Raum für weitere Themen und Koryphäen bleiben, die ihr In-

sider-Wissen auf dem neu errichteten Podium vor gespanntem Auditorium publik machen werden.

Neugier wurde jedenfalls geweckt, so dass auch weitere Themen in der Zukunft ihre Interessenten finden werden.

Mit dazu bei trugen auch vermeintlich ganz profane Aussagen des Referenten zu den Qualitäten, auf die seine Firma ihr Hauptaugenmerk bei der Ausbildung künftiger Mitarbeiter legt. Gewünscht sind demnach:

- gute Mathematik- und Deutschkenntnisse, weil Kandidaten des abstrakten Denkens fähig und der Mutter-Sprache mächtig sein sollten.
- Fremdsprachenkenntnisse wegen der grundsätzlich internationalen Ausrichtung des Unternehmens sowie
- Engagement und soziale Kompetenz, die z. B. durch Jugend- oder Vereinsarbeit dokumentiert werden.

Wir sind also gespannt, was uns demnächst erwartet und welche Früchte über kurz und hoffentlich auch lang das junge Pflänzchen tragen wird. <

Erstes KBBZ-Gespräch – ein Evaluationsversuch:

Positive Resonanz

GERHARD BRIGELIUS / FRANZ ZIEGLER

Ziele des Gesprächs

Auf Initiative der Fachbetreuung EDV/RW und mit Unterstützung des Fördervereins wurde am Kaufmännischen Berufsbildungszentrum Würzburg das „Erste KBBZ-Gespräch“ durchgeführt. (siehe nebenstehenden Artikel). Das Ziel der Veranstaltung war Praktiker und Lehrer ins Gespräch zu bringen. Gleichzeitig sollte für beide Gruppen ein Informations- und Fortbildungsforum geboten wer-

den. Inwieweit dies gelungen ist sollte durch eine Evaluation der Veranstaltung abgeklärt werden. Die Veranstaltung zählte zur schulinternen Lehrerfortbildung. Im Folgenden werden der Fragebogen und seine Ergebnisse dargestellt, mit der Intention das Evaluationsverfahren weiterzuentwickeln und ggf. Ideen für weitere Gespräche zu erhalten.

Evaluation

Im Rahmen der oben genannten Veranstaltung wurde folgender Evaluationsbogen entwickelt und eingesetzt:

Liebe Teilnehmerinnen und Teilnehmer am KBBZ-Gespräch,

vielen Dank für die Teilnahme an dieser Veranstaltung. Ihre Antworten spielen eine wichtige Rolle für unsere weiteren Planungen und sollen Aufschluss darüber geben, wie weit einzelne Aspekte durch das „KBBZ-Gespräch“ erreicht werden konnten.

Diese Beantwortung der Fragen ist freiwillig und vertraulich. Auswertungen dieser Evaluation werden nur als statistische Zusammenfassungen erstellt. Einzelpersonen werden nicht genannt. Wenn Sie irgendwelche Anregungen oder Fragen für weitere Veranstaltungen haben, tragen Sie diese bitte ein.

Ich bin tätig in: Betrieb Schule

Bitte kreuzen Sie Ihre Meinung zu folgenden Aspekten an:

Informationsaspekt:

Die Veranstaltung war ein Forum, welches Informationen bot, die für Schule und Betrieb von Bedeutung sind.

Fortbildungsaspekt:

Die Veranstaltung hat für mich Fortbildungscharakter bei meiner Ausbildungstätigkeit in Betrieb und Schule.

Kooperationsaspekt:

Die Veranstaltung hat eine Plattform für Schule und Betrieb geboten, auf der ein Ansatz zur Lernortkooperation gebildet werden kann.

Unterrichtsaspekt:

Die Veranstaltung lieferte mir Ideen, die Eingang in die schulische bzw. betriebliche Aus- und Weiterbildung finden werden.

Entwicklungsaspekt:

Die Veranstaltung lieferte einen Beitrag zur Schul- und Unternehmensentwicklung.

Ergebnisse

Die prozentuale Auswertung der Rückläufe erbrachten zu den abgefragten 5 Aspekten folgende Ergebnisse:

	Informa- tionen	Fort- bildung	Koope- ration	Unter- richt	Ent- wicklung
Stimme voll zu	40	20	5	10	15
Stimme zum großen Teil zu	55	45	40	35	50
Stimme eher nicht zu	5	30	40	45	30
Stimme auf keinen Fall zu	0	5	5	10	5
keine Meinung	0	0	10	0	0
Summen	100	100	100	100	100

Zusammenfassend

bleibt anzumerken, dass sich das „KBBZ-Gespräch“ sinnvoll in das Fortbildungsprogramm einbauen lässt. Informations-, Fortbildungs- und Entwicklungsaspekt der Veranstaltung wurden von der überwiegenden Zahl der Teilnehmer mit Stimme voll zu oder Stimme überwiegend zu bewertet.



Praktiker und Lehrer als aufmerksame Zuhörer von Roland Abele.

Referate und Fachgruppen

FG Personalvertretung

Personalratsschulung in Dillingen

Am 6. und 7. Juni 2005 fand die vierte Spezialschulung für Personalräte beruflicher Schulen unter dem Motto „Gute Zusammenarbeit erfordert gegenseitiges Vertrauen“ statt. 24 Personalräte trafen sich an der Lehrerakademie in Dillingen.

Nach der Begrüßung gab es zunächst einmal positive Nachrichten. HPR Wolfgang Lambl berichtete vom Erfolg des Hauptpersonalrats für die an Abschlussprüfungen beteiligten Lehrkräfte. „Wer prüft, wird zeitlich entlastet!“ Endlich einmal eine gute Neuigkeit! Danke!

Außerdem erhielten wir viele interessante und aktuelle Informationen, z. B. zum Arbeitszeitkonto oder zu den Beurteilungsrichtlinien. Danach wurden in Gruppen praktische Fälle zum Bayerischen Personalvertretungsgesetz behandelt. Reiner Roggan von der DBV-Winterthur hielt ein Referat über Möglichkeiten der Absicherung durch das dbb Vorsorgewerk. (Siehe

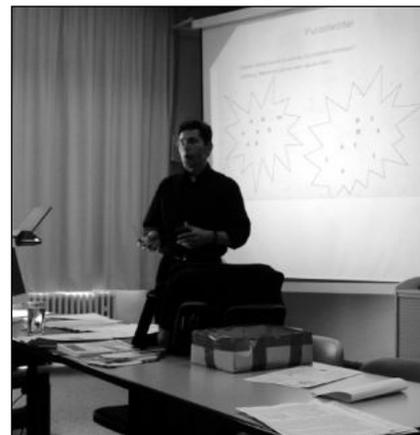
auch „Gute Zusammenarbeit erfordert gegenseitiges Vertrauen“ in VLB akzente 06-2005.)

Wir beendeten den Tag gemütlich im Akademiekeller mit einem informellen Gedankenaustausch – immer ein sehr hilfreicher und wichtiger Teil von Fortbildungen.

Der zweite Tag war wiederum höchst interessant. Zunächst übten wir uns im „Umgang mit Konflikten“ und zwar in Form eines kurzen Referats und Beispielen zur Konfliktschlichtung (Mediation) in zwei Gruppen. Vielen Dank hierfür an Doris Graf und Fritz Füßl von der Staatlichen Schulberatungsstelle Oberbayern-West.

Thematisch dazu passend stellte sich Barbara Dilberowic als Mobbing-Beauftragte des VLB vor.

Die Veranstaltung endete damit, dass uns die Bezirkspersonalräte für Oberbayern, Dr. Elfriede Bärwinkel und Hans Sommerer, sowie der Hauptpersonalrat Horst Hackel von aktuellen Fällen berichteten und uns zu unseren Fragen Rede und Antwort standen. Vielen Dank dafür und für die gesamte Veranstaltung! *Martina Koch*



Dr. Siegfried Hummelsberger – ein profunder Kenner des Problems der „Zweitsprache Deutsch“.

– noch immer viel zu wenig Rücksicht auf diese Schülergruppe. Fehlende oder geringe Sprachkenntnisse sind mit die Hauptursachen für mangelnde Bildungserfolge. Dies gilt nicht nur für den Deutschunterricht, sondern wegen der für nicht muttersprachlich Deutschen oft sehr schwierigen Fachterminologie auch besonders für den Fachunterricht an beruflichen Schulen.

Vor diesem Hintergrund wurde, initiiert vom gewerblich-technischen Studentensprecher des VLB in Zusammenarbeit mit dem Lehrstuhl für Pädagogik der TU München von Prof. Schelten, ein Seminar zum Thema „Zweitsprache Deutsch als Problem und Chance an beruflichen Schulen“ für Studierende des Lehramts für berufliche Schulen und der Wirtschaftspädagogik angeboten, das von Dr. Siegfried Hummelsberger geleitet wurde. Dr. Hummelsberger unterrichtet an der städtischen Berufsschule zur Berufsvorbereitung am Bogenhäuser Kirchplatz 1 Schüler mit nicht deutscher Muttersprache, die ohne Berufsausbildung oder mit abgebrochener Lehre einen (Wieder-) Einstieg in eine Berufsausbildung schaffen wollen.

In der Veranstaltung wurden grundlegende didaktisch-methodische Kenntnisse über den Unterricht in der Zweitsprache Deutsch dargelegt und verstärkt praktische Unterrichtsbeispiele vorgestellt, die leicht und ohne großen Aufwand erstellt und zum Ein-



Meditations-Übung – eine Möglichkeit um mit Konflikten umgehen zu können.

Referendare und Studenten

Einführungsveranstaltung mit praktischen Übungen an der TUM:

Zweitsprache Deutsch als Problem und Chance an beruflichen Schulen

Schüler und Schülerinnen mit Migrationshintergrund sind auch an beruflichen Schulen längst keine Ausnahme mehr, in einigen Berufsbereichen stellen sie sogar die Mehrheit. Das deutsche Schulsystem nimmt – daran lassen die PISA-Studien keinen Zweifel

satz gebracht werden können. Die vorgestellten Übungen lassen sich auf alle Fachbereiche übertragen und eignen sich ebenso zur Lernzielsicherung im „normalen“ Unterricht.

Für Interessierte besteht die Möglichkeit eine Zusammenfassung des

Seminars unter www.vlb-bayern.de/Fachgruppen/Studenten abzurufen. Neben einer theoretischen Hinführung werden 20 Übungen kurz vorgestellt und Beispiele hierzu im Anhang angeboten. *Dr. S. Hummelsberger / Stefan Weinzierl*

Senioren

Sitzung der Seniorenvertreter

Nach einer kurzen Begrüßung durch VLB-Seniorenvertreter Berthold Schuler arbeiteten die Seniorenvertreter der Bezirksverbände die Tagesordnung zügig ab.

Rückblick

Zunächst berichtete Berthold Schuler nochmals vom Berufsbildungskongress in Bamberg, der aus Seniorensicht insgesamt als sehr gelungen angesehen wurde, zumal auch die Beitragssenkung für Pensionisten durch die Vertreterversammlung abgesehnet wurde.

Da der VLB Mitglied im BRH ist nimmt Schuler regelmäßig an dessen Vorstandssitzungen teil. Die Ergebnisse dieser Sitzungen sind regelmäßig in die Artikel für die Senioren in VLB-akzente eingearbeitet.

Ebenso werden die Anliegen der Senioren im Hauptvorstand des VLB von Berthold Schuler vertreten.

Wesentlicher Bestandteil der VLB-Seniorenarbeit ist auch die Präsenz bei den Veranstaltungen des VLB, so z. B. beim Wirtschaftsschultag in Augsburg

oder Seniorentag in Unterfranken. Anschließend berichten die Seniorenvertreter aus den Bezirken von ihren durchgeführten bzw. geplanten Aktivitäten. Allen Veranstaltungen ist immer gemein, dass neben einem kulturellen Teil auch über aktuell anstehende Probleme für Pensionisten referiert und diskutiert wird. Regelmäßig kann über diese Veranstaltungen in VLB-akzente nachgelesen werden (aktuell siehe nebenstehende Artikel.)

Aktuelles

In der Sitzung wurde dann über die derzeit aktuell anstehenden Probleme diskutiert:

- Beschlüsse zur Rentenpolitik: wie z. B. sichere Nullrunde für 2005, desgleichen für 2006 prognostiziert, Nachhaltigkeitsgesetz sowie Abbau der Anrechnung von Ausbildungszeiten sollen für Pensionen „wirkungsgleich“ gestaltet werden! Eine Absenkung auf deutlich unter 68 Prozent ist im Gespräch (Rürup); sie ergibt sich aus der unseligen wirkungsgleichen Anwendung der im Beamtenrecht beschlossenen „Kürzungen“ – ohne Anrechnung der von den Beamten bereits er-

brachten Vorleistungen und ohne Berücksichtigung der unterschiedlichen Strukturen der beiden Systeme.

- Berufsbeamtentum auf dem Prüfstand: Beamtenbund und Bundes-Innenministerium haben sich auf eine Reform weitgehend geeinigt, also Erhalt des Berufsbeamtentums, aber Anpassung an die Entwicklung.
- Die wieder belebte Bund-Länder-Kommission (unter Leitung von Müntefering und Stoiber) strebt an, das Besoldungs- und Versorgungsrecht auf die Länder zu übertragen mit dem Endziel: Abbau der angeblichen Beamtenprivilegien. Die Übertragung von Entscheidungsbefugnis über Sonderzahlungen vor 2 Jahren vom Bund auf die Länder zeigt die Richtung: Abbau und heillos Zersplitterung!

Wünsche/Anregungen/Verschiedenes

Die Fachgruppe wird ein Informationsfaltblatt für Senioren gestalten. Ein erster Entwurf wird demnächst vorliegen.

Berthold Schuler erklärt sich bereit, die Problematik der Adressenmitteilung von neuen „Ruheständlern“ und „Altersteilzeitlern“ für die Seniorenvertreter zu klären.

Es wird das „BRH Taschenbuch 2005“ vorgestellt, das der BRH unter Mitarbeit von Herrn Schmidbauer herausgegeben hat (Walhalla Fachverlag). *Dieter Röde*

Kulmbach – Treffpunkt der oberfränkischen Senioren

Das traditionelle Jahrestreffen der Ruheständler in Oberfranken fand am Anfang Mai in Kulmbach statt.

Ziel war das Wahrzeichen der Stadt Kulmbach, die Plassenburg. Vom Hotel Drobrachtal, dem Treffpunkt, brachte der „Plassenburgexpress“ die 50 Teilnehmer zur Burg. Der Kastellan erzählte sehr anschaulich und unterhaltsam im „Schönen Hof“ über die lange und wechselvolle Geschichte der Burg. Heute beherbergt das Denk-



Die Seniorenvertreter nach der Sitzung: (von links nach rechts) Klaus Zickenheiner, Oberbayern; Günter Hermannsdörfer, Schwaben; Berthold Schramm, Oberfranken; Berthold Schuler, Volker Filipp, Dieter Röde, München; Lothar Fischer, Oberpfalz; Erwin Kern, Niederbayern. Es fehlen: Siegfried Nees und Gottfried Berger, Unterfranken sowie Gerwolf Hergert Mittelfranken.



Die oberfränkischen Senioren auf der Aussichtsplattform der Plassenburg.

mal Plassenburg vier Museen. Die größte Zinnfigurensammlung der Welt, die Staatlichen Sammlungen, das Armeemuseum Friedrichs des Großen und das Landschaftsmuseum Obermain, das im Mittelpunkt des zweiten Teils der Führung stand. Das Prunkstück dieser Sammlung ist die „Ebstorfer Weltkarte“, die größte und bedeutendste Erddarstellung des Mittelalters. Die farbige Radkarte wurde im 13. Jahrhundert entworfen. Das Original befand sich im Besitz des Klosters Ebstorf bei Uelzen, war dann im Staatsarchiv Hannover, wurde 1943 durch Bomben zerstört, es bestand aus 30 Pergamentblättern mit Jerusalem als Mittelpunkt. Vier Faksimiledrucke haben den Krieg überstanden, einer davon ist auf der Plassenburg zu sehen. Wie wichtig die Burg bereits im Mittelalter war, zeigt sich daran, dass sie schon auf dieser Karte eingezeichnet ist. Ein weiterer Höhepunkt im Landschaftsmuseum ist der „Pöribitscher Schatz“. Kurz vor der Plünderung der Stadt Kulmbach im Oktober 1634 vergraben, entdeckte man ihn 1912 bei Bauarbeiten. Der Schatz steht als Beweis für das hohe Niveau der Goldschmiedekunst in Kulmbach.

Nach den Besichtigungen und einem herrlichen Ausblick auf die Stadt ging es zurück zum Hotel.

Nach dem Mittagessen versammelten sich die Verbandsmitglieder im Vortragsraum, die Begleiterinnen unternahmen einen Spaziergang mit der Frau des Kollegen Then aus Kulmbach.

Dem Ehepaar Then möchte ich an dieser Stelle herzlich für die gute Organisation des Treffens danken. Die Seniorenvertreter Schulter aus München und Schramm aus Bamberg informierten über aktuelle Themen.

Schramm würdigte die Tatsache, dass von den 139 Mitgliedern in Oberfranken, 31 dem Verband seit mehr als 50 Jahren die Treue halten. Auf Wunsch einiger Teilnehmer gab er Einzelheiten über die Haftpflichtversicherung bekannt, die der Verband für seine Mitglieder abgeschlossen hat. Kollege Schulter lobte die gute Arbeit des

Informationsveranstaltung für mittelfränkische Pensionisten

Wieder mal war es soweit. Wie jedes Jahr im Mai hat der Bezirksverband Mittelfranken und sein Pensionistenvertreter Gerwolf Hergert seine Pensionisten und Pensionistinnen zu einem Kultur- und Informationstreffen eingeladen. Tagungsort war diesmal Wolframs-Eschenbach im Landkreis Ansbach.

Die hervorragend besuchte Veranstaltung begann mit einer Stadtführung in dieser nie zerstörten Kleinstadt, die bereits im Mittelalter 3 000 Einwohner hatte und dies auch heute hat. In Wolframs-Eschenbach hat um 1200 der Minnesänger und Poet Wolfram, genannt

Bei der Stadtführung durch Wolframs-Eschenbach.



BRH, über die er als Teilnehmer an den Vorstandssitzungen bestens informiert ist. Er beleuchtete die allgemeine Situation im Beamtenrecht und ging auf die geplanten Veränderungen ein. Die laufenden Rechtsverfahren wird er verfolgen und uns ständig in unserer Verbandszeitschrift informieren. Der neu geplante Schematismus kam zur Sprache, ebenso wie das Faltblatt über die Seniorenarbeit. Breiten Raum nahm die Diskussion über das Thema Vorsorgevollmacht und Betreuungsverfügung ein. Auch hier ist ein wichtiger Hinweis im nächsten Heft zu erwarten.

Gegen 16.00 Uhr endete der offizielle Teil mit dem Dank an alle Organisatoren und Referenten. Nach einer Stärkung durch Kaffee und Kuchen wurde die Heimfahrt angetreten

Berthold Schramm

Wolfram von Eschenbach, gelebt. Im Liebfrauenmünster war er begraben. Sein bekanntestes Werk ist der Parzival, der später von Wolfgang Wagner als Oper bearbeitet wurde.

Nach dem Stadtrundgang lud der VLB zu Kaffee und Kuchen ein – auch um die Ausführungen von Berthold Schulter etwas weniger schlimm wirken zu lassen. Schulter, der ja seit Jahren die Pensionisten auf Landesebene vertritt, erwies sich wieder als profunder Kenner des Versorgungs- und Beihilferechts. Leider sind gute Nachrichten in diesen Bereichen zur Zeit dünn gesät. Auch Fragen zur Patientenverfügung, Notfallvorsorge und Witwenversorgung wurden diskutiert. An dieser Stelle nochmals herzlichen Dank.

Horst Lochner

Personalien

Kämpfer für die Belange der beruflichen Schulen – Ehrenvorsitzender Berthold Schulter feiert 70. Geburtstag



Nordic-Walking-Stöcke gab es als Geschenk des VLB – Hans Käfler gratuliert dem Jubilar und dankt im Namen des VLB für seinen unermüdlichen Einsatz.



Lübecker Marzipan brachte Helmut Landsiedel neben den Glückwünschen des VLW mit.

„Seine große Liebe gilt der Förderung und Weiterentwicklung des beruflichen Schulwesens. Er hat ein Herz für Schüler.“, so zitierte die Würzburger Mainpost am 20. Mai 1995 anlässlich seines 60. Geburtstages. Was vor zehn Jahren galt, besitzt auch heute noch uneingeschränkte Bedeutung, wenn es um die Person Berthold Schulters geht.

Anlässlich seines 70. Geburtstages im Mai lud der VLB zu einem Empfang seines Ehrenmitgliedes. Jeder der geladenen Gäste hatte eine besondere Beziehung zu dem Jubilar, wie Schulter in seinem Rückblick auf über 40 Jahre Verbandstätigkeit anschaulich belegte.

„Lieber Herr Schulter, wenn man Sie kennt, kann man gar nicht glauben, dass Sie Ihren 70. Geburtstag begehen. Sie sind vital, kämpferisch und bildungspolitisch stets auf der Höhe des aktuellen Geschehens, Sie mischen sich ein, beziehen Stellung und Ihr Engagement ist ungebrochen. Falls jemand Zweifel an meinen Äußerungen haben sollte, dann lade ich ihn gerne ein zur nächsten Sitzung des Hauptvorstandes, um sich selbst überzeugen zu können, wie aktiv und zu-

weilen auch „streitlustig“ – im besten Sinne des Wortes – unser Jubilar ist.“, so leitete VLB-Vorsitzender Hans Käfler seine Laudatio auf Schulter ein. Ein kurzer Rückblick auf seine Berufs- und Verbands-Vita mag dies verdeutlichen:

Schon als junger Referendar ist Schulter in den frühen 60er Jahren sehr schnell durch seine Leistungsfä-

higkeit und Leistungsbereitschaft aufgefallen. Seine Lehrproben haben beeindruckt. Wer sich davon überzeugen möchte dem sei ein Klassiker zur Methodik des kaufmännisch-wirtschaftlichen Unterrichts empfohlen. In dem Werk von Prof. Hans Lochner kann man seine Lehrprobe zum Thema „Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft“ nachlesen. Seine Vorgesetzten haben seine Fähigkeiten erkannt und so wurden Berthold Schulter sehr schnell wichtige Aufgaben übertragen. So zu letzt im Jahr 1982 als ihm die Leitung der damaligen kaufmännischen Berufsschule Würzburg anvertraut wurde. Über 17 Jahre hat er diese Schule geführt und gestaltet, immer mit sehr großem Erfolg.

„Wir wollen heute aber nicht Ihre beeindruckenden dienstlichen Erfolge würdigen, sondern Ihr Engagement und Ihre Verdienste in unserem Verband, für unseren Verband. Wenn es eines Beweises bedurft hätte, wie sehr der Verband Ihre Leistungen schätzt, wie beliebt Sie bei unseren Kolleginnen und Kollegen sind, dann ist er im Jahre 1999 bei unserem Verbandstag in Würzburg eindrucksvoll und gleichzeitig bewegend erbracht worden. Mit stehenden Ovationen haben sich die Kolleginnen und Kollegen bei Ihnen bedankt, die Wertschätzung für Ihr vorbildliches und langjähriges Engagement im wahrsten Sinne des Wortes lautstark ausgedrückt.“, so Käfler weiter.



Blick in die Runde der geladenen Gäste.



Langjährige Weggefährten wünschen dem Jubilar weiterhin viel Gesundheit.

Nachfolgend Stationen seines Verbandslebens:

- 1961 als Referendar in den Verband der Handelslehrer (VdH) eingetreten
- 1963 als Schriftführer des Bezirks Unterfranken Verantwortung für unsere Solidargemeinschaft übernommen und zwei Jahre später die VdH-Mitteilungen mit aus der Taufe gehoben
- 1970 Referent für kulturpolitische Aufgaben im Landesvorstand
- 1977 Bezirksvorsitzender Unterfranken
- seit dieser Zeit auch im Bundesverband der Lehrer an Wirtschaftsschulen (VLW) im Bundesausschuss „Recht und Besoldung“ engagiert und dort mit Sachverstand und Herzblut die bayerischen Interessen vertretend
- ab 1982 stellvertretender Landesvorsitzender des VDH
- 1990 Nachfolger unseres heutigen Ehrenvorsitzenden Prof. Hermann Braun als Landesvorsitzender des VDH

„Herr Schuler, Sie haben diese Aufgabe in einer schwierigen Phase übernommen, es mussten einschneidende Weichenstellungen vorbereitet und auch realisiert werden. Es war beabsichtigt, die Interessen aller Lehrkräfte an beruflichen Schulen in einem gemeinsamen Verband zu bündeln. Das formuliert sich in der Retrospektive sehr einfach, war aber ein sehr sensibles Thema, das nicht nur mit der Ratio zu verwirklichen war, sondern sehr stark mit Emotionen verbunden war. Von der Richtigkeit eines Zieles überzeugt zu sein ist die eine Sache, die Kolleginnen

und Kollegen dafür zu gewinnen, ist eine andere Sache. Es ist Ihnen gelungen! Das Jahr 1991 – Jahr der Neugründung des Verbandes der Lehrer an beruflichen Schulen in Bayern e. V., des heutigen VLB hat die organisatorische Voraussetzung geschaffen für eine zukunftsorientierte und schlagkräftige Interessensvertretung der Lehrkräfte an beruflichen Schulen in Bayern.“, so Hans Käfler rückblickend. Dass dieses Modell zu einem Erfolgsmodell wurde – und inzwischen von immer mehr Bundesländern übernommen wird – ist nicht selbstverständlich. „Sie, lieber Herr Schuler, haben es gemeinsam mit Hermann Sauerwein vollbracht. Zwei heraus ragende Persönlichkeiten des beruflichen Schulwesens haben dies geschafft. Obwohl – oder vielleicht auch weil – Sie beide so unterschiedlich sind, haben Sie beide gemeinsam den Verband zu dem gemacht, was er heute ist. Eine schlagkräftige, von den Kolleginnen und Kollegen, der Politik und der Verwaltung hoch anerkannte Interessensvertretung der Lehrkräfte an be-



Dankte für die zugehenden Glückwünsche – Jubilar Berthold Schuler.

ruflichen Schulen in Bayern.“

- 1991 stellvertretender Landesvorsitzender des VLB und Leiter des Fachbereiches „Wirtschaft und Verwaltung“
- seit 1999 VLB-Seniorenvertreter

Einen Menschen wie Berthold Schuler zu würdigen ist immer mit einem schlechten Gewissen verbunden, weil es unmöglich ist, solch eine Lebensleistung wirklich angemessen darzustellen. So sei z. B. noch an

- seine sehr erfolgreiche und engagierte Arbeit als Personalrat
- der erfolgreichen Widerstand zusammen mit Prof. Braun gegen die Pläne den Diplomstudiengang für kaufmännische Lehrkräfte abzuschaffen
- oder das konsequente und hartnäckige Eintreten für eine zweite Lehrerausbildungsstätte in Nordbayern, und, und, und, erinnert.

„Man kann das alles nur bewältigen, wenn man Unterstützung findet. Die wichtigste Unterstützung fanden Sie stets in Ihrer Frau.“ Als kleines Zeichen der Dankbarkeit überreichte Ihr Hans Käfler einen Blumenstrauß.

Extra aus Kiel angereist ist der stellvertretende VLB-Bundesvorsitzende Helmut Landsiedel, um die Glückwünsche des VLW zu überbringen. An ihn und den anwesenden BLBS-Bundesvorsitzenden Berthold Gehlert gewandt formulierte Schuler: „Einen Wunsch habe ich hier angesichts der beiden Repräsentanten unserer Bundesverbände sicher frei: Wenn beide in einer Person aufträten – d. h. beide Verbände einer geworden sind, wäre einer meiner und der bayrischen Kollegen Hauptwünsche zum Wohle der beruflichen Bildung in Deutschland in Erfüllung gegangen.“

Der VLB wünscht seinem Ehrenvorsitzenden Berthold Schuler für die Zukunft alles Gute vor allem Gesundheit.

Martin Ruf

„Wir müssen also um unseren Stand kämpfen und dazu brauchen wir alle. Wenn wir stark sein wollen, darf keiner fehlen!“ (Berthold Schuler, 1999)

Josef Kraus weiter DL-Präsident

Josef Kraus ist zum siebten Mal für drei Jahre zum Präsidenten des Deutschen Lehrerverbandes (DL) gewählt worden. Die Delegierten der DL-Mitgliedsverbände stellten sich mit 93 Prozent hinter ihn. Mit der Wahl von Kraus bestätigten die Delegierten mit großer Mehrheit den konsequenten Einsatz von Kraus für ein leistungsfähiges gegliedertes Schulwesen und für starke berufsbildende Schulen.

Die Delegiertenversammlung des DL befasste sich unter anderem mit dem Problem des Lehrernachwuchses; sie verabschiedete dazu ein Positionspapier mit dem Titel „Sicherung der Bildungsqualität durch Gewinnung ei-

nes qualifizierten Lehrernachwuchses“. Im Anschluss an die Beratungen seines Verbandes erklärte Kraus dazu: „Die Personalplanung der 16 Kultusminister versagt. Der fehlende Lehrernachwuchs wird damit zum deutschen Bildungsproblem Nummer 1. Es fehlt an einer langfristigen Planungsperspektive. Von den 750 000 derzeit aktiven Lehrern in Deutschland werden bis zum Jahr 2015 mehr als 300 000 in den Ruhestand gehen. In weiten Bereichen wird es dafür keinen Ersatz geben. Das wird zu massiven Einbrüchen in der Bildungsqualität führen.“

Der VLB gratuliert Josef Kraus zu seiner Wiederwahl und wird ihm weiterhin ein konstruktiv-kritischer Wegbegleiter sein, wenn es um die Belange der beruflichen Schulen geht. *rf*



Gratulierten für den VLB und BLBS zur Wiederwahl: von links: Wolfgang Lambl, Ernst Kiel, Ehrenpräsident des DL, Josef Kraus, Berthold Gehlert und Wolfgang Herbst.

Wir gratulieren im August ...

... zu Geburtstagen über 85

Müdsam, Eugen, 08.08.1908
95326 Kulmbach, KV Ofr.-Nordwest
Weith, Georg, 21.08.1914
81475 München, BV München
Mauritz, Albin, 01.08.1917
80801 München, BV München
Mannes, Rita, 11.08.1918
89231 Neu-Ulm, KV Nordschwaben
Rockinger, Elisabeth, 20.08.1919
83022 München,
KV Rosenheim-Miesbach

... zum 85. Geburtstag

Neumaier, Engelbert, 28.08.
87629 Füssen, KV Allgäu

... zum 80. Geburtstag

Herrlein, Alois, 20.08.
93179 Brennbach, KV Donau-Wald
Jopke, Annemarie, 29.08.
86529 Schrobenhausen, KV Obb.-Nordwest
Liebscher, Gerhard, 07.08.
85049 Ingolstadt, KV Würzburg
Mühlbauer, Max, 06.08.
92224 Amberg, KV Amberg-Sulzbach
Ponn, Bartl, 24.08.
83471 Berchtesgaden, KV Traunstein-BGL
Rauh, Ludwig, 23.08.
95028 Hof, KV Ofr.-Nordost
Süß, Wilhelm, 31.08.
81735 München, BV München

... zum 75. Geburtstag

Endlich, Rudolf, 12.08.
83071 Stephanskirchen,
KV Rosenheim-Miesbach

Kuchler, Franz, 12.08.
93051 Regensburg, KV Regensburg
Lörtzer, Karl, 20.08.
90425 Nürnberg, KV Nürnberg
Steiner, Inge, 23.08.
92237 Sulzbach-Rosenberg,
KV Amberg-Sulzbach

... zum 70. Geburtstag

Bergmann, Heinz Peter, 20.08.
97070 Würzburg, KV Würzburg
Bryan, Renate, 13.08.
97464 Niederwerrn, KV Main-Rhön
Huber, Karl, 01.08.
86343 Königsbrunn, KV Augsburg
Merz, Walter, 15.08.
91522 Ansbach, KV Mfr.-Süd
Prediger, Ludwig, 29.08.
83435 Bad Reichenhall, KV Traunstein-BGL
Raab, Karl, 02.08.
97475 Zeil, KV Main-Rhön
Späth, Alfons, 22.08.
96149 Breitengüßbach,
KV Bamberg-Forchheim
Zickenheiner, Klaus, 14.08.
83022 Rosenheim,
KV Rosenheim-Miesbach
Ziegler, Roland, 04.08.
92421 Schwandorf, KV Schwandorf

... zum 65. Geburtstag

Bögle, Gertrud, 27.08.
87654 Friesenried, KV Allgäu
Dennert, Georg, 02.08.
90425 Nürnberg, KV Nürnberg
Dirr, Hermann, 26.08.
86405 Meitingen, KV Augsburg
Dopfer, Eugen, 24.08.
86356 Neusäß, KV Nordschwaben
Frank, Walter, 19.08.
86179 Augsburg, KV Augsburg
Fuchs, Georg, 30.08.
93326 Abensberg, KV Landshut
Fuß, Hans Jürgen, 12.08.
90480 Nürnberg, KV Nürnberg
Himpsl, Herbert, 30.08.
92318 Neumarkt, KV Neumarkt
Kammerl, Christian, 25.08.
94327 Bogen, KV Donau-Wald
Keim, Horst, 21.08.
86169 Augsburg, KV Augsburg
Körper, Sonja, 27.08.
84307 Eggenfelden, KV Ndb.-Ost
Lamarque, Heinrich, 19.08.
89407 Dillingen, KV Nordschwaben
Martin, Fritjof, 05.08.
93057 Regensburg, KV Regensburg

Mielentz, Hartmut, 02.08.
90491 Nürnberg, KV Nürnberg
Nöth-Bergemann, Renate, 05.08.
63768 Hösbach, KV Untermain
Schweiger, Siegfried, 07.08.
93049 Regensburg, KV Regensburg
Walter, Gerhard, 19.08.
85051 Ingolstadt, KV Obb.-Nordwest
Wischnewski, Harald, 26.08.
94469 Deggendorf, KV Donau-Wald
Wittmann, Siegmund, 07.08.
91126 Rednitzhembach, KV Mfr.-Süd

... zum 60. Geburtstag

Dotzler, Karl-Heinz, 01.08.
97080 Würzburg, KV Würzburg
Holzner, Hans, 02.08.
83324 Ruhpolding,
KV Traunstein-BGL
Neuber, Wilhelm, 09.08.
92637 Weiden, KV Neumarkt
Porsche, Heinz, 29.08.
94315 Straubing, KV Donau-Wald
Sommer, Volker, 26.08.
97616 Bad Neustadt, KV Main-Rhön
Werdin, Sybille, 10.08.
95213 Münchberg, KV Ofr.-Nordost
Westermayr, Karl-Heinz, 10.08.
86551 Aichach, KV Nordschwaben

Wir gratulieren im September ...

... zu Geburtstagen über 85

Hofbeck, Rudolf, 19.09.1917
91161 Hilpoltstein, KV Mfr.-Süd
Schwipps-Admont, Ingrid, 13.09.1917
90762 Fürth, KV Mfr.-Nord
Hübner, Betty, 13.09.1918
87700 Memmingen, KV Allgäu
Mayer, Helmut, 14.09.1918
97078 Würzburg, KV Würzburg
Peter, Ernst, 02.09.1919
92637 Weiden, KV Opf.-Nord
Sammer, Wenzel, 26.09.1919
97276 Margetshöchheim, KV Würzburg

... zum 85. Geburtstag

Langer, Arnold, 22.09.
97209 Veitshöchheim, KV Würzburg
Weigand, Ernst, 14.09.
97478 Knetzgau, KV Main-Rhön

... zum 80. Geburtstag

Bruha, Dagmar, 17.09.
95652 Waldsassen, KV Untermain

Fink, Friedrich, 24.09.
93183 Kallmünz, KV Regensburg
Götz, Anton, 09.09.
93051 Regensburg, KV Regensburg
Scherm, Walter, 29.09.
88505 Ingolstadt, KV Obb.-Nordwest
Schubart, Gertrud, 10.09.
96465 Neustadt, KV Ofr.-Nordwest
Steiner, Emil, 01.09.
97318 Kitzingen, KV Würzburg

... zum 75. Geburtstag

Knyrim, Robert, 25.09.
85391 Allershausen, BV München
Wurdack, Hans, 18.09.
92526 Oberviechtach, KV Schwandorf

... zum 70. Geburtstag

Liebscher, Dorothea, 01.09.
97072 Würzburg, KV Würzburg
Neumair, Gebhard, 14.09.
83451 Piding, KV Traunstein BGL
Ramstöck, Angela, 06.09.
91220 Schnaittach, KV Mfr.-Nord
Rietze, Christel, 11.09.
86633 Neuburg, KV Obb.-Nordwest
Salomon, Lorenz, 01.09.
96050 Bamberg,
KV Bamberg-Forchheim

... zum 65. Geburtstag

Bitterwolf, Günther, 01.09.
81549 München, BV München
Böhm, Günter, 04.09.
96450 Coburg, KV Ofr.-Nordwest
Ernst, Gerhard, 17.09.
82319 München, KV Obb.-Südwest
Franz, Stella, 02.09.
95030 Hof, KV Ofr.-Nordwest
Gröger, Georg, 28.09.
91301 Forchheim,
KV Bamberg-Forchheim
Heider, Rudolf, 08.09.
94474 Vilshofen, KV Ndb.-Ost
Hertel, Hans-Dieter, 13.09.
90766 Fürth, KV Nürnberg
Hesse, Werner, 24.09.
82467 Garmisch-Partenkirchen,
KV Obb.-Südwest
Knapp, Dieter, 11.09.
90455 Nürnberg, KV Nürnberg
Langguth, Rosemarie, 11.09.
93089 Aufhausen, KV Regensburg
Meissner, Johannes, 07.09.
93152 Nittendorf, KV Landshut
Ritter, Herbert, 22.09.
95182 Döhlau, KV Ofr.-Nordost

Schönbuchner, Heinrich, 05.09.
91710 Gunzenhausen, KV Mfr.-Süd
Spiegelhauer, Helmut, 11.09.
95126 Schwarzenbach, KV Ofr.-Nordost
Tyroller, Hans, 02.09.
85256 Vierkirchen, BV München
Widmann, Josef, 16.09.
82140 Olching, KV Obb.-Südwest
Wieshuber, Helmut, 25.09.
85598 Baldham, BV München
Winckelmann, Jutta, 04.09.
92637 Weiden, KV Opf.-Nord

... zum 60. Geburtstag

Dichtl, Manfred, 26.09.
82547 Eurasburg/Achmühle,
KV Obb.-Südwest
Gneiser, Hans-Peter, 23.09.
87743 Egg, KV Allgäu
Hauelsen, Dieter, 05.09.
97753 Karlstadt, KV Würzburg
Pfeffer-Pfennigsdorf, Sieglinde, 26.09.
81929 München, BV München
Dr. Rothlauf, Klaus, 29.09.
96450 Coburg, KV Ofr.-Nordwest
Schwager, Theo, 11.09.
63773 Goldbach, KV Untermain
Staats, Emil, 23.09.
85774 Unterföhring, BV München
Witzani, Josef, 11.09.
85077 Manching, KV Obb.-Nordwest
Wolf, Franz, 18.09.
90768 Fürth, KV Regensburg
Zeller, Josef, 04.09.
85051 Ingolstadt, KV Obb.-Nordwest
Zellner, Hans-Georg, 12.09.
91460 Markt Baudenbach, KV Mfr.-Nord
Zettl, K. Erich, 18.09.
90482 Nürnberg, KV Mfr.-Nord

In den Ruhestand sind gegangen ...

Glasbrenner, Margot, KV Obb.-Nordwest
Knapp, Dieter, KV Nürnberg
Ludwig, Bernd, BV München
Ritter, Herbert, KV Ofr.-Nordost
Sturm, Inge, KV Würzburg
Weiss, Werner, KV Main-Rhön

Wir trauern um ...

Degen, Helga, KV Bayreuth-Pegnitz (65)
Schneider, Ernst, KV Mfr.-Süd (81)

Vermischtes

Kultur und Wandern mit dem BV Unterfranken

Bei herrlichem Sonnenschein und angenehmen Temperaturen veranstaltete der BV Unterfranken mit seinen Kreisverbänden Ende April seine alljährliche – von unserem Kollegen Gottfried Berger wieder bestens vorbereitete – „Kultur und Wandern“-Fahrt. Im voll besetzten Bus begrüßte die BV-Vorsitzende Dorothea Helbig aktive und pensionierte Kolleginnen und Kollegen zu einer Fahrt ab Würzburg – über Schweinfurt – in Richtung Hassberge. Erste Station war die Klosterkirche „Mariaburghausen“ des Würzburger „Universitätsgutes“, nahe Hassfurt. Werner Merkel – in fünfter Generation Pächter des Gutes – und Kollege Hubertus Widera informierten uns über

die heutige Nutzung dieses Zisterzienserinnen-Klosters, dessen Gründung bis 1237 zurück reicht. Gottfried Berger entwickelte die Geschichte und erklärte die Architektur und Ausstattung von Kirche und Sepultur. Anschließend gelang Berger der Kontrast zur historischen Architektur mit der Vorstellung des modernen Produktionsgebäudes der Firma Benkert in Altertshausen, das von dem Schweizer Architekten Mario Botta entworfen wurde.

Nach einem Empfang durch den Bürgermeister Stubenrauch von Königsberg, stand das Mittagessen auf dem Programm und anschließend die Alternativen: Wandern mit Christof Stumpf im nördlichen Hassgau oder eine Stadtführung durch den Gästeführer Dr. Schmall – ehemals Hauptmann der Königsberger Bürgerwehr, die bereits im 30-jährigen Krieg gegründet wurde. Dr. Schmall wusste von dem großen Mathematiker Johann Müller – genannt Regiomontanus (Erschaffer des

nautischen Systems) und von Tilly, dem Feldherrn Wallensteins und seinen Vernichtungsbefehlen bezüglich Königsberg zu berichten. Außerdem brachte er uns die Gestaltung der vielfältigen Königsberger Fachwerkbauten bei einem Rundgang durch die Kleinstadt nahe.

In Unfinden fanden die beiden Gruppen wieder zusammen und beschlossen den gelungenen Tag bei einer Brotzeit mit Hassberger Weinen im Innenhof des „Schwarzen Adler“.

Klaus Wiederer

Termine

Fachtagung Bundesverband Ethik

Ethik als Brücke zwischen den Kulturen?

Termin: 23. – 25. Sept. 2005

Ort: Verdi Bildungs- und Begegnungszentrum Clara Stahlberg, Koblanckstr. 10, 14109 Berlin

Das ausführliche Programm sowie alle Modalitäten finden Sie unter:
www.fv-ethik.de

Weitere Informationen erhalten Sie auch bei: Werner Fuß, An der Würm 12, 81247 München, Tel.: 089-8 11 44 80, leo.fuss@freenet.de



Beeindruckt von der Architektur der Firma Benkert.



Stadtführung in Königsberg.

Zum Vormerken:

➔ **Fachtagung des kaufmännisch-verwaltenden Bereichs**

➔ **22. Oktober 2005 in Fürth**

Gastredner:
Dr. Wolfgang Kehl,
VLW Bundesvorsitzender

Für Sie gelesen

Bofinger vs. Sinn – auf diese beiden Namen kann zur Zeit aus wissenschaftlicher Sicht die Diskussion um den besten Weg zur Ankerbelung der Konjunktur in Deutschland reduziert werden. Autor Bernhard Bauernschmitt hat die Bücher der beiden Autoren für Sie gelesen und die wesentlichen Schlussfolgerungen zusammengefasst. Vielleicht sind seine Ausführungen Anreiz eines oder beide Bücher in der unterrichtsfreien Zeit zu lesen.

„Ist Deutschland noch zu retten“ oder „Wir sind besser, als wir glauben“

BERNHARD BAUERNSCHMITT

Ausgangslage

Deutschland hat neben vielen Anderen große wirtschaftliche Probleme, und die nicht erst seit heute.

- Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung laufen aus dem Ruder;
- die höchste Arbeitslosigkeit der Nachkriegszeit und hohe Insolvenzzahlen;
- steigende Abgabenlast um nur einige zu nennen.

Die Symptome sind jedem bekannt, doch nun sind die Therapeuten gefragt und dazu braucht es erst einmal richtige Diagnosen.

Bofinger und Sinn nehmen sich dieser Probleme in ihren Büchern an. Beide Autoren sprechen nicht nur von einem Umsetzungsproblem, das also schon einen Therapieansatz voraussetzt, sondern vor allem von einem Erkenntnisproblem. Also kann es sein dass – um es an einem Beispiel zu illustrieren – dem Patienten, weil die Medizin nicht anschlügt, ihm eine höhere Dosis verabreicht wird, oder liegen die Ärzte überhaupt falsch bei der Diagnose der Krankheit, dann ist allerdings auch nicht mit einer Erhöhung der

Dosis gedient – sprich noch längerer Arbeitszeit, noch weniger Lohn, noch weniger Kündigungsschutz usw. Sinn zählt erst einmal die Symptome auf und vergleicht sie mit dem Rest der Welt. Dieser Globalisierungsbezug lässt Deutschland in keinem guten Licht dastehen. Er kommt zu dem Ergebnis, dass in Deutschland

- der ganze Arbeitsmarkt zu starr,
- die Steuern zu hoch,
- die Investitionsanreize zu gering seien.

Weiter hat Deutschland ein

- massives Wettbewerbsproblem,
- zusätzliche Lasten, die andere Länder nicht zu schultern haben (Nettozahler EU, Wiedervereinigungskosten) und
- vor allem die tickende Zeitbombe Demographie.

Diagnose

Aber bereits bei der Diagnose gehen die Meinungen der Autoren auseinander.

Sinn widmet der verlorenen Wettbewerbsfähigkeit ein Kapitel. Darin greift er die aufstrebenden Staaten in Fernost auf. Nicht mehr Japan, das hat seine eigenen Probleme, doch die Staaten Singapur, Taiwan, Korea Thailand und die nicht mehr schlafenden Riesen China und Indien machen Deutschland den Rang auf vielen Feldern streitig, dazu kommen noch die wirtschaftlich aufstrebenden Staaten Osteuropas vor unserer Haustüre.

Bofinger gibt darauf andere Antworten: Ist Deutschland nicht wieder Exportweltmeister geworden? Und das trotz hoher Löhne und gewerkschaftlich organisierter Arbeitnehmerschaft? Deutschland ist für ausländische Investoren entgegen den ständigen Attacken der Medien attraktiv. Wir verkaufen uns nur schlecht, da die hemmenden Steuern durch viele Ausnahmen de facto gar nicht so hoch sind. „Wer hätte das gedacht: In den Jahren 2002 und 2003 wurde von Ausländern mehr in Deutschland inves-

tiert als von unseren Unternehmen im Ausland investiert wurde“ (Bofinger S. 35). Und auch die Mär von der Abwanderung der Wirtschaft in den Osten stimmt nach Bofinger nicht. Von den deutschen Direktinvestitionen im Ausland in den Jahren 1998 bis 2001 gingen nur 3,5 Prozent in die Reformländer Polen, Tschechien und Ungarn. Der Großteil ging in die USA, Großbritannien, Frankreich und die Niederlande. Dies widerspricht dem von beiden Autoren verwendeten Begriff der Basarökonomie, d. h. dass die Produktion den billigsten Produktionsstandorten folgt und über Importe wieder in das Land zurückkehrt, zum Großteil verdeckt, denn längst nicht mehr ist „Made in Germany“ drin wo es noch draufsteht. Diese Verlagerung kostet Arbeitskräfte, aber nach Bofinger sind wir einer der wettbewerbsfähigsten Standorte Europas.

Größtes Binnenproblem ist die hohe Arbeitslosigkeit und die damit verbundene Stagnation der Binnennachfrage. Wie kann man wieder mehr Arbeit schaffen? Eine Kernfrage der Ökonomie.

Sinn sieht u. a. eine Möglichkeit darin

- die Löhne zu senken, ungelernete sogar bis um ein Drittel; gleichzeitig
- länger zu arbeiten,
- den Kündigungsschutz zu lockern,
- Flächentarifverträge einzuschränken zugunsten von mehr Autonomie für die Betriebe,
- die Sozialabgabenquote zu senken und gleichzeitig eine,
- aktivierende Sozialhilfe zu schaffen,
- den Sozialstaat umkrepeln in einen fordernden Sozialstaat (Prinzip: Hilfe nur durch Gegenleistung, vom 1-Euro-Job bis zu den Zusatzverdiensten bei 400-Euro-Jobs)
- der boomenden Schwarzarbeit an die Wurzeln gehen etc.

Bofinger sieht die Steuern in Deutschland nicht zu hoch, ganz im Gegensatz zu den Sozialabgaben. Hier taucht die Frage auf, ob das gesamte Sozialsystem der Faktor Arbeit (Lohn) tragen soll, der auch noch mit völlig fremden Zusatzleistungen be-

lastet ist. Die Hauptlast der Einheit wurde unter der Kohl-Regierung den sozialen Sicherungssystemen aufgebürdet, statt das Steuersystem insgesamt in Anspruch zu nehmen, die Immigranten haben nie in dieses System eingezahlt, beziehen aber Leistungen. Die Arbeitslosenversicherung bezahlt sämtliche Umschulungsmaßnahmen und Wiedereingliederungshilfen in den Arbeitsprozess – letztlich auch eine gesamtstaatliche Aufgabe und wie viele andere Länder auch hat Deutschland ein demographisches Problem, d. h. immer weniger im Arbeitsprozess Stehende müssen die im Nichtarbeitsprozess Stehenden unterstützen.

Die „Zange“ greift von drei Seiten zu: Die Ausbildungszeiten werden immer länger, die ältere Generation wird zahlenmäßig größer und lebt dazu immer länger und längst stehen nicht alle, die im Arbeitsprozess stehen könnten, in diesem (Arbeitslosigkeit).

Die Frage ist also, ob nicht auch andere (Produktions) Faktoren gesamtstaatliche Lasten mitfinanzieren sollen, also auch z. B. Kapital (Maschinen, durch Automation entstandene Wertschöpfungsprozesse), Boden u. a. um so die Sozialabgaben auf den Faktor Arbeit zu entlasten, um damit auch die hohen Lohnnebenkosten zu senken, dadurch wieder mehr Arbeitssuchende in den ersten Arbeitsmarkt zu führen, weiterhin dadurch die Schwarzarbeit einzudämmen und letztlich die lahrende Binnenkonjunktur anzukurbeln.

Hier kommen die Autoren zu unterschiedlichen Bewertungen.

Sinn ist der Meinung, dass bereits einmal besteuertes Geld z. B. aus verschiedenen Einkunftsarten nicht noch einmal besteuert werden sollte (Stichwort: Vermögenssteuer, Zinssteuer); Die Kapitalflucht in Deutschland gibt beredtes Beispiel für solche Versuche; vielmehr sollten unter Gerechtigkeitsgesichtspunkten die Verbrauchssteuern erhöht werden.

Bofinger sieht im Rahmen der Generationengerechtigkeit diejenigen, die z. B. durch gewollte Kinderlosigkeit und den dadurch möglichen Aufbau von Vermögen durchaus die Mög-

lichkeit, sich über Abgaben Gedanken zu machen.

Beide Autoren sehen einen politischen Strickmusterfehler beim Versiegen der Körperschaftssteuer, die in den Jahren von 1999 bis heute massiv zurückgegangen ist (von 24 Mrd. Euro auf minus 400 Mio Euro, d. h. die (Groß-)Unternehmen haben im Jahr 2001 sogar noch Erstattungen vom Finanzamt bekommen, die logischerweise aus anderen Quellen gespeist wurden.). Nun hätte man erwarten können, wenn die Unternehmen schon in so hohem Masse entlastet wurden, dass sich das in einer deutlich steigenden Investitionsbereitschaft und evtl. nachgeordnet in einer positiveren Arbeitsmarktzahl niederschlagen würde, doch weit gefehlt.

Ein weiteres Problem ist die hohe Staatsverschuldung, die die Handlungsspielräume für eine aktiv steuernde Finanzpolitik immer mehr einengt. Auch hier sind die Autoren gegensätzlicher Meinung. Ist für den einen (Sinn) die zunehmende Staatsverschuldung der Entzug guter Lebensmöglichkeiten unserer Kinder und Kindeskiner, macht Bofinger hierzu eine andere Rechnung auf.

Einige Ausführungen dazu: Die Staatsquote, gemessen am BSP liegt in Deutschland bei ca. 49 Prozent, würde man das geeignetere Nettoinlandsprodukt nehmen, stiege sie sogar auf 58 Prozent (Sinn S. 319/29). Sie stieg seit den 50-iger Jahren von 39 Prozent auf diesen Wert an. Der Sozialstaat (ca. 41 Prozent aller wahlberechtigten erhalten ihr Einkommen hauptsächlich als Sozialleistung vom Staat empfangen (Sinn S. 334) und Subventionen (meist für die Großindustrie und häufig auch nicht in Zukunftstechnologien) binden enorme Mittel. „Demokratien werden häufig von der krankhaften Sucht heimgesucht die Leistungen des Staates sofort zu verteilen und die Kosten dieser Leistungen auf zukünftige Generationen zu verschieben. ... Dies macht klar, wie wichtig es heute ist die Verschuldungsregeln des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes einzuhalten. Dieser Pakt ist der einzige Schatz unserer Kinder und Kindeskiner vor einer opportunisti-

schen Politik der herrschenden Regierung.“ (Sinn S. 324/325)

Steuert der Staat somit in die Pleite?

Bofinger sieht die Staatsverschuldung in einem anderen Licht. Er fragt, ob der Staat sich überhaupt das Ziel setzen soll, seine Verschuldung auf Null zurückzuführen? Außerhalb der privaten Haushalte hat niemand Interesse daran, seine kompletten Schulden zu tilgen. Die EK-Quote der deutschen Unternehmen liegt im Durchschnitt bei 17,5 Prozent (Bofinger S. 127 ff). Bofinger zeigt die (enormen) Staatsschulden anhand einer Bilanz auf. Er fragt, was steht den Staatsschulden gegenüber? Sachvermögen (Immobilien, Unternehmungen, Infrastruktur), Forderungen (Kredite, Staatsanleihen) und Humankapital. Die Bilanz für Deutschland, die den Staat und Private umfassen muss, stehen den Anleihen und Krediten des Staates auf der Passivseite zugleich auf der Aktivseite die Forderungen der Privaten an den Staat und somit deren Vermögen gegenüber. „Und wenn eine Größe in einer Bilanz in gleicher Höhe auf beiden Seiten steht, kann man sie im Prinzip auch vernachlässigen. Im Ganzen gesehen ist für den Reichtum der zukünftigen Generationen die Staatsverschuldung also irrelevant.“ (Bofinger S. 129). Anders sähe es aus, wenn sich eine Volkswirtschaft massiv im Ausland verschulden würde (z. B. die USA).

Ausführlich widmen sich beide Autoren dem Humankapital, unsere einzige Zukunftschance im internationalen Wettbewerb. Auch hier liegt einiges im Argen. PISA-Studien und ungleiche Verteilung der Studiengänge (es herrscht ein Mangel an Studenten in Fächern der Naturwissenschaften) sind hierzu ein Indiz.

Bofinger führt dazu aus: „Ob unsere Nachkommen im Jahr 2040 arm oder reich sind, hängt allein davon ab, wie hoch ihr Sachvermögen und ihr Humankapital sein werden.“ (S.130) Und weiterhin: „Mit ausgeglichenen öffentlichen Haushalten, die zu Lasten von Investitionen in das Humankapital und die Infrastruktur erreicht wer-

den, gefährden wir die Zukunft unseres Landes. Es gibt nichts Widersinnigeres, als bei der Bildung und der Infrastruktur zu sparen, um damit den zukünftigen Generationen etwas Gutes zu tun.“ (S. 133) Hier wird also dem „Defizit Spending“ der Nachfrage-theoretiker für bestimmte Felder das Wort geredet.

Sinn: „Auf jeden Fall sind aber die Bildungsschwäche und die Wirtschaftskrise das gemeinsame Ergebnis einer falschen Schwerpunktsetzung der Politik. ... Der Sozialstaat hat das Geld verschlungen, das man auch in die Bildung hätte investieren können.“ (S. 45) „Nur das Wissen, das man in seinem eigenen Kopf gespeichert hat, macht einen für den Arbeitgeber begehrt. Insofern kann vom Grundsatz her nur eine breit angelegte Bildungsoffensive Erfolg bringen. Das Wissen in den Köpfen der Menschen muss vermehrt werden, damit die Menschen wieder höhere Löhne verdienen können.“ (S. 111)

Hier sind die Autoren also derselben Meinung. Sparen am Humankapital bringt unsere Gesellschaft nicht voran, im Gegenteil: Wer hier spart und im Bildungssystem die falschen Weichen stellt, lässt unsere Gesellschaft im internationalen Wettbewerb weiter an Boden verlieren.

Ein letztes großes Thema in beiden Büchern ist die demographische Komponente, ob es daraus noch einen Ausweg gibt, ob in 30 Jahren noch mit einer Rente gerechnet werden kann oder ob das ganze System kollabiert.

Durch die vielen Änderungen und Einschränkungen bereits in der Blüm-Ära 92 – 96 beziffert der Experte Rürup die Leistungseinschränkungen im Jahr 2030 auf insgesamt 30 Prozent. Doch dieser Sachverhalt wird von den Menschen, die es betrifft, noch gar nicht wahrgenommen.

Bofinger plädiert für ein Umlagesystem, allerdings nur vom Staat organisiert (Bofinger S. 156). Er denkt auch weitere Ansätze an: z. B. – wegen der längeren Lebenserwartung längere Lebensarbeitszeiten; – der durchschnittliche Berufseintritt der Jugendlichen sollte gesenkt werden; – durch die Kinderlosigkeit würden an dieser

Stelle Ressourcen frei (weniger Kindergärten, Schulen etc.).

Sinn kommt hier zu ähnlichen Ergebnissen, wobei er die Vorschläge der Rürup-Kommission als sinnvolle Mangelverwaltung bezeichnet. Sinn schlägt ein Kapitaldeckungssystem vor, das jeder einzelne selber ver- und somit vorsorgt. „Um im Alter eine Rente zu haben, muss man entweder Humankapital oder Realkapital gebildet haben. Eine Generation, die weder Human- noch Realkapital gebildet hat, muss im Alter hungern, denn von nichts kommt nichts.“ (Sinn S. 409)

Im Fazit setzt keiner der Autoren nur mehr auf das bisherige Rentensystem nach dem Generationenvertrag. Dieser Zug ist durch jahrzehntelange Kinderzahlarmut abgefahren.

Therapie

Welche Therapie schlagen nun die Autoren vor?

Sinn steht volkswirtschaftlich der Schule der zur Zeit herrschenden Angebotstheoretiker nahe. Er hat ein „6+1-Programm für den Neuanfang“ entwickelt. Das heißt in Schlagworten:

- Kehrtwende bei den Tarifvereinbarungen;
- Weniger Macht für die Gewerkschaften;
- Weniger Geld für das Nichtstun, mehr Geld für Jobs;
- den Zuwanderungsmagneten abschalten;
- eine wirklich radikale Steuerreform;
- mehr Kinder, mehr Rente, mehr Fortschritt;
- neuer Schwung in den neuen Ländern.

Bofinger steht volkswirtschaftlich mehr den Nachfrage-theoretikern nahe, mehr der Keynesianischen Lehre. Er findet in der Fortentwicklung der sozialen Marktwirtschaft in gerader Linie über Ludwig Erhard „Wohlstand für alle“ die Lösung der Probleme.

Bofinger kritisiert Hans-Werner Sinn und die Politik, die sich zur Zeit an den Vorschlägen der Angebotstheoretiker orientiert. Er zählt dazu 5 gravierende Fehldiagnosen auf – von

der Mär „wir leben über unsere Verhältnisse“ bis zur „hohen Arbeitslosigkeit aufgrund der mangelnden Flexibilität des Arbeitsmarktes“. Auch er zählt „Zehn konkrete Lösungsvorschläge“ (S. 250ff) auf, wie Deutschland aus der Krise gesteuert werden kann.

Bofinger sagt dazu, die Reformbemühungen lassen sich auf einen einfachen Nenner bringen. Es geht um die Entscheidung zwischen

- einer endgültigen „Wende zum Weniger“ mit deutlich niedrigeren Löhnen, stark reduzierten Sozialleistungen und insgesamt einem Staatsverständnis angelsächsischer Prägung und
- einer Politik, die man frei nach Ludwig Erhard unter das Motto des „dynamischen Durchbruchs“ nach vorn stellen könnte. (S. 194)

Hier nehmen zwei Autoren zur gleichen Thematik Stellung. Sinn sieht das Glas halb leer und warnt vor dem Absturz, also dem leeren Glas, wenn nicht massiv gegengesteuert wird, Bofinger dagegen sieht das Glas halb voll, und sieht die Ansätze zum Gegensteuern auf der Basis des halbvollen Glases, Ansätze, die sich zum Besseren führen lassen.

Bofinger sagt an anderer Stelle: „Niemand kann mit Gewissheit sagen, welche der beiden Strategien erfolgreicher sein wird. Dazu ist die Ökonomie eine zu weiche Wissenschaft. Aber eines dürfte unstrittig sein: Es wäre falsch, den Versuch einer offensiv angelegten Wirtschaftspolitik zu unterlassen. Wenn sie scheitern sollte, bleibt als Notlösung immer noch die „Wende zum Weniger“.“ (S. 195)

Fazit

Hat man beide Bücher gelesen, scheint man auf den ersten Blick ratlos zu sein, denn wie immer gibt es auf jeder Seite gute Argumente. Doch dürfte die eigene Schule der Denkweisen wohl den Ausschlag geben, was die richtige Richtung ist. Ein Argument ist nicht von der Hand zu weisen: Schlägt man die falsche Richtung ein und ist diese gegenüber der anderen irreversibel, wäre die Richtung, wo eine Um-

kehr noch möglich wäre, die bessere Entscheidung.

Eine Pflichtlektüre für den interessierten Wirtschaftswissenschaftler und den wirtschaftlich interessierten Bürger. Hier werden volkswirtschaftlich Dinge zu Ende gedacht, die vordergründigen Aktionismus und platten Stammtischparolen den Boden entziehen.

Quellen:

1. Sinn, Hans-Werner:
Ist Deutschland noch zu retten
Berlin 2005, Ullstein Taschenbuch;
ISBN 3-548-36711-9, 13

2. Bofinger, Peter:
Wir sind besser, als wir glauben
München 2005, Pearson Studium;
ISBN 3-8273-7138-4, 19,95

werden seit dem Schuljahr 2004/2005 genutzt.

Vor über 10 Jahren wurden erste Überlegungen zur Umgestaltung der Staatlichen Berufsschule Neustadt a.d. Aisch-Bad Windsheim angestellt. In Neustadt sollten – so unsere Planungen – alle gewerblichen Abteilungen zusammengeführt werden. Ein gewerbliches Ausbildungszentrum war unsere Intention. In Bad Windsheim sollte der Fachbereich Wirtschaft und Verwaltung gemeinsam mit der dort ansässigen Wirtschaftsschule ein kaufmännisches Zentrum bilden.

Unser Ziel war und ist es, optimale Ausbildungsrahmenbedingungen für die Auszubildenden und bestmögliche Arbeitsbedingungen für die Lehrer und Verwaltungskräfte zu schaffen. Dieses Vorhaben wurde in Neustadt mit den neuen Gebäuden verwirklicht. Für das Engagement für die berufliche Bildung und für den enormen finanziellen Aufwand ist dem Landkreis Neustadt/Aisch-Bad Windsheim, dessen Gremien und den mit dem Bau betrauten Personen zu danken.

Die schulischen Rahmenbedingungen haben sich um ein Vielfaches verbessert. Die Architektur der neuen Gebäude ist außergewöhnlich, aber gelungen; an manchen Details scheiden sich die Geister.

Unterricht wird primär von Lehrern getragen; die unterrichtlichen Rahmenbedingungen sind aber für die Qualität der Unterrichtsarbeit von Bedeutung. Und dieses Umfeld und auch der Sozialbereich für Lehrer und Schüler sind als nahezu optimal zu bezeichnen. Vergleichbar gute Ausbildungsrahmenbedingungen streben wir auch für den Fachbereich Fahrzeug- und Metalltechnik an.

Unser Schulgesamtkonzept ist facettenreich – es umfasst auch die Wohnheimunterbringung und die Sportstätten. Durch ein zweites Wohnheim wollen wir in kommenden Schuljahr für alle angehenden Modellbauer und für alle Auszubildenden im Parkett- und Bodenlegerhandwerk, die in Neustadt/Aisch ihre schulische Berufsausbildung absolvieren, angenehme Unterbringungsmöglichkeiten schaffen. Die Sportstättenfrage wird

Schulen stellen sich vor

Neugestaltung der Staatlichen Berufsschule Neustadt a. d. Aisch – Bad Windsheim

Endlich! Phasen der Planung, der politischen Überzeugungsarbeit, der Bewältigung formaler Vorgaben und mehrere Jahre Bauzeit liegen hinter

Schulleitung und Kollegium; ein wichtiges Etappenziel wurde nun erreicht. Die Gebäude für die Bautechnik, für die Holztechnik, für den Modellbau und die Fußbodentechnik (Parkett- und Bodenleger), der Verwaltungstrakt der Schule mit Sozialräumen für Lehrer und Schüler und die Außenanlagen sind fertig gestellt worden und



Gelungene Synthese aus alt und neu.

in Kooperation mit anderen Neustädter Schulen ebenfalls in einer absehbaren Zeit gelöst werden.

Die zurückliegende Phase war mühsam! Die Belastungen auf sich zu nehmen, hat sich aber im Interesse unserer Schule, gelohnt.

Weitere Infos unter:

www.berufsschule-nea-bw.de

Dr. Reinhard Diessner

Nachrichtliches

219 Lehrer/innen: Ermittlung wegen Vorteilsannahme

In Nordrhein-Westfalen wird gegen 219 Lehrer/innen ermittelt, die bei der Klassenfahrt in den Freizeitpark Familienpässe angenommen hatten.

Das erinnert fatal an die Skandale des aktuellen politischen Tagesgeschehens - Tatbestand „Vorteilsannahme“.

Die 219 betroffenen Lehrpersonen besuchten mit Klassen den Bottroper Freizeitpark „Movie Park Germany“. Zur Verabschiedung bekamen die Lehrpersonen einen Umschlag, in dem sich neben hübschen Werbematerialien ein Familienpass befand, mit denen ein Jahr lang alle Freizeitparks der Betreiberfirma besucht werden können (Wert: 250 Euro). „Wir haben 219 Verfahren eingeleitet“, bestätigte Oberstaatsanwalt Willi Kassenböhrmer. In zwei Drittel der Fälle sei das Verfahren gegen Zahlung einer Geldbuße von 300 Euro eingestellt worden. Zahlreiche Lehrer hätten den Familienpass auch in den Müll geworfen. „In Einzelfällen wurde Anklage erhoben“, sagte Kassenböhrmer weiter. „Diese Betroffenen sind der Meinung, nichts Unrechtes getan zu haben.“ Sollte es zu einer Verurteilung wegen Vorteilsannahme im Amt kommen, droht eine Geld-, im Extremfall sogar eine Haftstrafe von drei Jahren.

NRZ online

http://www.lehrerfreund.de/comments/205_0_1_0/

Deutschland profitiert von der Globalisierung

Die deutsche Wirtschaft hat sich auch im vergangenen Jahr auf den Weltmärkten behauptet und damit unter Beweis gestellt, dass Deutschland von der Einbindung in die internationale Arbeitsteilung profitiert. 2004 ist die Bundesrepublik zum wiederholten Male Exportweltmeister im Warenhandel geworden, vor den USA und China. Einen interessanten Einblick verschafft der Indikator der Exportperformance, den die

OECD berechnet und der den Anteil des heimischen Exportvolumens an der Importnachfrage in den jeweils wichtigsten Ausfuhrländern angibt. Die Veränderungsrate zeigt an, ob der Export eines Landes sich besser oder schlechter entwickelt hat als die Nachfrage an seinen Absatzmärkten. Die Zahlen belegen zwar, dass Deutschland leicht im Minus liegt, gegenüber 2003 (minus 2,4 Prozent) aber haben sich die Werte

Deutschland profitiert von der Globalisierung			
Veränderung des Indikators der Exportperformance 2004 gegenüber dem Vorjahr in Prozent (1)			
CHINA	8,6	VEREIN. STAATEN	-0,8
TSCHECHIEN	7,1	EURO-RAUM(2)	-1,0
TURKEI	5,2	SPANIEN	-2,1
POLEN	3,5	KANADA	-2,2
JAPAN	2,8	DÄNEMARK	-2,5
SCHWEDEN	2,4	BELGIEN	-3,7
PORTUGAL	0,3	FRANKREICH	-3,9
DEUTSCHLAND	-0,5	ITALIEN	-4,0
ÖSTERREICH	-0,6	AUSTRALIEN	-4,2
NIEDERLANDE	-0,7	VEREIN. KÖNIGREICH	-5,3

1) Der Indikator der Exportperformance ist das Verhältnis des Exportvolumens und der Importnachfrage auf den Exportmärkten eines Landes; 2) inklusive Handel zwischen den Euro-Staaten; Quelle: OECD, Lehmann Brother

Schul/Bank
bankerverband
BUNDESVERBAND
DEUTSCHER
BANKEN

deutlich verbessert. Vor allem im Vergleich mit den anderen (Alt-)EU-Mitgliedern schneidet die deutsche Wirtschaft sehr gut ab. Dies deutet darauf hin, dass sich die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen verbessert hat. s/b

Berufsausbildung

Eine internationale Vergleichsstudie der OECD zeigt auf, dass im Jahre 2002 60 Prozent der 19- bis 22-Jährigen in Deutschland eine Berufsausbildung absolvierten, erkennbar mehr als im Durchschnitt aller OECD-Staaten (44 Prozent). Dabei hebt sich das deutsche Ausbildungsmodell in qualitativer Hinsicht noch deutlich von dem anderer Staaten ab. In Frankreich, Italien, Finnland und Tschechien etwa verbergen sich hinter dem guten Abschneiden häufig nur berufsvorbereitende Kurse oder Kurzausbildungen. Nur die Schweiz und Dänemark verfügen über

Berufsausbildung in Deutschland		
Absolventen in Prozent der Bevölkerung im typischen Abschlussalter von 19 - 22 Jahren		Mit Doppelqualifikation
TSCHECHIEN	70	-
FINNLAND	69	2,2
FRANKREICH	67	1,3
DANEMARK	66	0,8
ITALIEN	64	4,4
SCHWEIZ	61	22,4
DEUTSCHLAND	60	14,1
NORWEGEN	42	6,6
SCHWEDEN	31	-
JAPAN	24	-
SPANIEN	24	3,8
IRLAND	23	20,4

Berufsausbildung: einschließlich Berufsvorbereitung; Stand: 2002, Dänemark, Finnland, Frankreich, Italien: 2001; Frankreich: Doppelzählungen bei Doppelqualifikation möglich; Quelle: IW Köln, OECD

Schul/Bank
bankerverband
BUNDESVERBAND
DEUTSCHER
BANKEN

ein dem deutschen vergleichbares Berufsausbildungssystem. Ein gutes Ergebnis erzielt Deutschland auch bei den beruflichen Doppelqualifikationen wie etwa Abitur plus Berufsausbildung oder Lehre plus Fachoberschule – hier verfügt jeder siebte Berufsbildungsabsolvent über zwei oder sogar mehr Abschlusszeugnisse. s/b

Arbeitsproduktivität regelmäßig überschätzt

Die Orientierung der jährlichen Lohnerhöhungen am Wachstum der Arbeitsproduktivität soll den Arbeitnehmern die Teilhabe am wirtschaftlichen Fortschritt ermöglichen, ohne dass den Unternehmen dabei höhere Kosten entstünden. Dieses theoretisch einleuchtende Modell ist allerdings mit einigen Unwägbarkeiten behaftet. Es führt nicht nur dazu, dass kaum Spielraum für neue Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen wird, sondern kann im Endeffekt auch Arbeitsplätze kosten. Von Bedeutung ist nämlich nicht zuletzt die Frage, wodurch der Produktivitätsanstieg zustande kam. Neben optimierten Produktionsabläufen sowie verstärkten Anstrengungen der Arbeitskräfte ist eine erhöhte Produktivität auch als Ergebnis vorangegangener Entlassungen denk-



unternehmen
berufsschule
weiden e.V.

Unser handout zur **strategischen Schulentwicklung** ist aktualisiert.

<http://www.berufsschule-weiden.de/handout/thema6/lek1/p9/pedsap.htm>

Wenn Sie 25,- Euro überweisen auf das Konto Nr. 952 5163, BLZ 753 500 00, Stadtparkasse Weiden
Kontoinhaber: Unternehmen Berufsschule Weiden e.V. mit Ihrem Namen und genauer Adresse erhalten Sie ein Exemplar in Farbe zugeschickt.

bar. In diesem Falle allerdings würden entsprechende Lohnerhöhungen die Sparanstrengungen des Unternehmens konterkarieren und möglicherweise einen weiteren Stellenabbau nach sich ziehen. Vor allem aber kann der prognostizierte Produktivitätsfortschritt zu hoch ausgewiesen werden. In den vergangenen zehn Jahren haben die fünf Wirtschaftsweisen den Wert in fast jedem Jahresgutachten überschätzt – im Schnitt um 0,7 Prozentpunkte. Wäre der Lohnanstieg entsprechend geringer ausgefallen, könnte es heute sehr viel mehr Arbeitsplätze in Deutschland geben.

*Quelle: iwd (16/2005),
Statistisches Bundesamt.*

Autorenverzeichnis

Bauer, B./Lorenz, W.

BSZ, Neumarkter Str. 10, 92237 Sulzbach-Rosenberg, Tel.: 0 96 61 - 40 81

Bauernschmitt, Bernhard

Keplerstr. 17, 90522 Oberasbach, Tel. 09 11 - 74 88 31

Brigelius, G./Ziegler, F.

BS, Stettiner Str. 1, 97084 Würzburg, Tel.: 09 31 - 79 08-100

Geiger, Herbert

BS, Stettiner Str. 1, 97084 Würzburg, Tel.: 0931 - 79 08-100

Käfler, Hans

VLB-Landesvorsitzender
BS, Am Fernsehturm 1, 94036 Passau, Tel.: 08 51 - 95 91-300

Kruse, Walter

WS, Alter Postweg 86a, 86159 Augsburg, Tel.: 0821 - 32 41 82 02

Lambl, Wolfgang

stellvertr. VLB-Landesvorsitzender und Hauptpersonalrat
Gramschatzer Ring 6, 97222 Rimpar, Tel.: 0 93 63 - 52 78

Leischner, Dietmar

Robert-Koch-Str.10, 85521 Ottobrunn, Tel.: 089 - 6 08 36 10

Pohlmann, Heiko

VLB-Referent für Lehrerbildung
Kappellenstr. 82, 82239 Alling, Tel.: 0 81 41 - 81 85 24

Roth, Günther

BS, Stockerhutweg 51, 92637 Weiden, Tel.: 09 61 - 206-0

Thiel, Peter

Am Happach 40, 97218 Gerbrunn, Tel.: 0931 - 70 76 91

Auch die Mitarbeiter der Geschäftsstelle brauchen Urlaub:



Die Geschäftsstelle des VLB ist in der Zeit vom 8. bis 19. August geschlossen.

Aus aktuellem Anlass

Pressemitteilung des VLB vom 22. Juni 2005:

Duale Berufsausbildung und Hochschulstudium müssen stärker verzahnt werden

In der Bundesrepublik wird immer häufiger darüber geklagt, dass zu wenige junge Menschen das Abitur ablegen und ein Hochschulstudium absolvieren. „Diese Klage ist durchaus berechtigt, wenn man die entsprechenden Zahlen anderer Industrieländer zum Vergleich“, so VLB-Landesvorsitzender Hans Käfler.

„Ein Grund für unsere international gesehen schlechten Zahlen ist, dass wir unser Potenzial in den beruflichen Schulen nicht entsprechend nutzen. Wir müssten die Voraussetzungen schaffen, leistungsstarken Berufsschülern schon während ihrer Ausbildung eine Brücke zu einem Hochschulstudium zu bauen.“

Der VLB Bayern sieht dafür folgende Möglichkeiten:

- Qualifikationen, die während der dualen Ausbildung erworben worden sind, werden für ein Hochschulstudium anerkannt.
- Die Kombination von dualer Berufsausbildung mit dem Erwerb der Hochschulreife bzw. der Fachhochschulreife (Doppelqualifikation) wird ausgeweitet.
- Die berufliche Oberstufe wird weiter ausgebaut.
- Der Abschluss der beruflichen Erstausbildung mit einer Note von mindestens 1,5 im Abschlusszeugnis berechtigt – ohne Rücksicht auf die schulische Vorbildung – zum Besuch der Fachhochschule.

„Wir sind der festen Überzeugung, dass unsere Vorschläge von der Wirtschaft positiv aufgenommen werden“, zeigt sich Käfler optimistisch über die Akzeptanz der Überlegungen. „Bei Gesprächen mit Kultusminister Schneider werden wir dieses Thema vorantreiben“.

**Ansprechpartner für
die Pressemeldung:**

Hans Käfler, Landesvorsitzender, Telefon 08 51 - 95 91-3 00
Alexander Liebel, stellv. Landesvorsitzender, Telefon 09 11 - 2 31 39 48